

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erschließung bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Mittel- und Ostpreußen sowie die polnischen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für den übrigen Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 59.

Die achtseitigen Monatshefte oder deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Fernungsgeldes. Keine Anzeigen! Das letzte Heft des Monats 2.- M., jedes weitere Heft 1,50 M., einschließlich Fernungsgeldes. Kaufpreis Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 2,50 M., netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das letzte Heft des Monats 1,50 M., jedes weitere Heft 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um des deutschen Volkes Schicksal

Die Lösung der Kabinettskrise ist auch während des gestrigen Tages nicht wesentlich weiter gerückt. Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer-Kaufmann, der hierher berufen und von Ebert ersucht worden war, die Bildung des neuen Reichskabinetts zu übernehmen, ist bis jetzt nicht erfolgreich gewesen. Der Grund dafür ist die Unschlüssigkeit der bisherigen Regierungsparteien, die sich bis jetzt weder für die Annahme noch für die Ablehnung der ultimativen Forderungen entscheiden können.

Es ist bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Forderungen im Augenblick die weniger entscheidende Rolle spielen. Die ausgesprochen militaristischen und reaktionären Kreise fordern die Ablehnung wegen der politischen Fragen, vor allem wegen der Entwaffnungsforderung. Aber auch jene, die in den bürgerlichen Parteien eher für die Annahme eintraten, sind sehr zweifelhaft geworden. Nun haben wir schon wiederholt ausgeführt, daß die Entwaffnungsforderung von uns von jeher aus innerpolitischen Gründen erhoben worden ist, daß aber außerdem Deutschland durch die Unterzeichnung des Abkommens von Spaan an die Erfüllung gebunden ist.

Wir wollen aber trotzdem die Argumente prüfen, die von der bürgerlichen Seite jetzt angeführt werden. Es wird gesagt, daß die Entwaffnung der bayrischen Organe unmöglich sei, weil der deutschen Regierung keine Machtmittel zu Gebote stehen. Nun halten auch wir den Einmarsch etwa der Reichswehr nach Niederbayern durchaus nicht für ein symptomatisches Mittel. Aber wir meinen, daß die nahezu 60 Millionen Deutsche noch über andere Möglichkeiten verfügen, wenn eine Regierung vorhanden ist, der es wirklich ernst ist. Wir glauben, daß sogar diese bayrische Regierung, die übrigens durchaus nicht auf so festen Füßen steht, durch eine einmütige und feste Haltung sehr bald in ihrem Trost wankend gemacht werden könnte.

Und wenn diese moralische Beeinflussung durch eine geschlossen auftretende öffentliche Meinung nicht ausreichte, so würde jenes Vorgehen, das die bayrische Arbeiterschaft bereits angeklündigt hatte, bevor der kommunistische Putsch dazwischen kam, würde die Drohung der Bergarbeiter Rheinland-Westfalens einer rechtsbrüchigen gegen Reichstag und Reichsregierung rebellierenden bayrischen Regierung die Kohlenzufuhr zu sperren, wohl ausreichen, den Widerstand zu beugen, zumal wenn man in Bayern weiß, daß hinter den Arbeitern der größte Teil Deutschlands steht.

Aber, wird nun gesagt, trotz allem könnte es so kommen, daß die Entwaffnung bis zu der kurzen Frist des 31. Mai nicht völlig durchgeführt werden kann. Für die französische Regierung sei aber diese Forderung offensichtlich ein Vorwand, denn eine wirkliche Gefahr für eine französische Armee seien diese Einwohnerwehren gar nicht. So würde unsere Unterschrift nichts nützen, die Franzosen würden dann, wenn ein paar tausend Gewehre fehlen diesen Vorwand wieder hervorholen und statt am 13. Mai, am 31. Mai das Ruhrgebiet besetzen.

Die so argumentieren, scheinen uns sehr wichtige Vorgänge in der letzten Zeit nicht genügend zu beachten. Auch wir sind der Meinung, daß die nationalistische Bewegung in Frankreich augenblicklich sehr stark und dadurch die militaristische Gewaltpolitik außerordentlich mächtig geworden ist. Auch wir meinen, daß Frankreich sofort einmarschieren wollte. Aber daran ist die französische Regierung durch den englischen und auch durch den italienischen Widerstand gehindert worden. Und dieser Widerstand hat sich während der Londoner Beratungen augenscheinlich nicht etwa vermindert, sondern trotz aller Geneigtheit Lloyd Georges, französischen Wünschen zu willfahren, verstärkt.

Aus zwei Gründen: die englische Industrie und die Londoner City fürchten ein allzu großes Erstarken der französischen Wirtschaft, wenn diese über Deutschlands reichstes Industriegebiet verfügt. Die englische Politik aber fürchtet die künftige Uebermacht der jetzt schon stärksten Kontinentalmacht. Es widerspricht aber allen Traditionen der englischen Politik, einen Staat auf dem Festlande allzu mächtig werden zu lassen. Deshalb hat England noch eine letzte Frist für Deutschland durchgesetzt, deshalb hat es einen gewissen, für uns natürlich nur allzu geringen, mächtigen Einfluß auch auf die finanziellen Bedingungen angenommen. Unterschreiben wir den Vertrag nicht, dann kann aber England Frankreich, an das es in einem noch nicht veröffentlichten Zusatzabkommen gebunden ist, an der Ausführung seiner Gewaltpolitik nicht mehr hindern. Haben wir aber unterschrieben, so braucht England einem bloßen Vorwand Frankreichs nicht nachzu-

An das Proletariat!

Arbeiter! Genossen!

In Oberschlesien sind nationalistische Kämpfe entbrannt. Sie bedrohen uns mit der Wiederentfaltung eines imperialistischen Krieges.

Der Vorkrieg der Polen in Oberschlesien entspringt dem internationalen Konkurrenzkampf der Imperialisten aller kapitalistischen Länder. Dieser Konkurrenzkampf führte 1914 zum Krieg. Er findet seine Fortsetzung mit wirtschaftlichen Kampfmitteln in den sogenannten Friedensverträgen der bürgerlichen Regierungen.

Die polnischen Imperialisten sind am Werk, durch einen nationalistischen Putsch die Entscheidung über die endgültige staatliche Gestaltung Oberschlesiens vorweg zu nehmen. Die nationalistischen Wladenschaften der polnischen Imperialisten finden ihr Gegenpiel in den Treibereien der deutschen Nationalisten.

Das Proletariat muß seine ganze Macht aufbieten, um diese Kriegsgefahr schon im Keime zu ersticken.

Wir haben kein Vertrauen zu den Erklärungen der internationalisierten Kommission, daß sie mit Truppen der Ententestaaten den Zustand der staatlichen Gestaltung in Oberschlesien wieder herstellt, wie er vor dem polnischen Gewaltakt in Oberschlesien bestand.

Wir haben auch kein Vertrauen zu den Versicherungen der Regierung Fejzenbach. Diese Regierung verkündete ursprünglich, daß sie Sipo und Reichswehr nur der internationalisierten Kommission zur Verfügung stellen wolle. Dieselbe Regierung hat dann am 6. Mai durch den Mund des Reichskanzlers eine Erklärung abgegeben, die ihr ein selbständiges Vorgehen in Oberschlesien offen läßt.

Wir sind uns vollkommen darüber klar, daß polnische Imperialisten den Augenblick für gekommen halten, lang gehegte Pläne zur Ausdehnung deutscher Gebiete in Oberschlesien zu verwirklichen.

Diese Pläne werden dadurch besonders gefährlich, daß sie in einzelnen Ententestaaten Unterstützung finden.

Allen bekannt gewordenen Tatsachen widerspricht aber auch die von der kommunistischen Partei in Umlauf gesetzte Behauptung, daß der Zustand in Oberschlesien „nicht bloß eine nationale

Berlin, den 7. Mai 1921.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

geben. Und deshalb halten wir das Argument, daß die Unterschrift nur einen kurzen Aufschub bedeutet, für falsch.

Was geschieht aber, wenn wir nicht unterschreiben? Wir ziehen einer unsicheren Gefahr die sichere Katastrophe vor. Wir sprachen eben von dem nichtveröffentlichten Zusatzabkommen zu dem Londoner Protokoll. Darin sind auch Bestimmungen über die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebiets enthalten, falls der Vertrag nicht unterschrieben wird. Eine davon bestimmt, daß die Ruhrkohle an das nichtbesetzte Deutschland mit einem Aufschlag von 20 Goldmark verkauft wird. Das bedeutet fast die Verdoppelung des gegenwärtigen Preises von etwa 230 Papiermark. Das bedeutet, daß die innerdeutsche Industrie aufs allerschwerste betroffen, das ganze Industriezweig allmählich im großen Umfange zum Erliegen kommen. Aus dem Weltmarkt herrscht eine schwere Krise. Unsere Exportindustrie führt schon jetzt trotz der billigen Kohle und trotz der billigen Löhne einen schweren Kampf. Die Verdoppelung des jetzigen Kohlenpreises bedeutet für sie natürlich eine außerordentliche Minderung der Konkurrenzfähigkeit.

Aber weiter. Verteuerung der Kohle bedeutet Verteuerung der Produktionskosten, allgemeine Preissteigerung. Das bedeutet vermehrtes Defizit für die Eisenbahnen, also für das Reich, und erhöhte Frachtkosten. Das alles bedeutet wiederum eine rasche Verschlechterung der ohnedies verzweifeltsten Lage der Arbeiterschaft durch die allgemeine Teuerung bei gleichzeitig immer weiter sich ausdehnender Arbeitslosigkeit. Jetzt schon haben wir bereits eine halbe Million Vollerwerbslose und über anderthalb Millionen Kurzarbeiter! Macht man sich bei den bürgerlichen Parteien eine genügende Vorstellung davon, was das an Elend und Verzweiflung bedeutet, aber auch an sozialen Kämpfen? Macht man sich eine Vorstellung davon, welche Summen zur Unterstützung der Erwerbslosen, zur Erhöhung der Löhne und Gehälter aller in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Juge-

Bewegung, sondern zugleich eine revolutionäre Empörung der Arbeiter ist.

Die von Korfanty als „Präsidenten der Wojewodschaft Oberschlesien“ geleitete Bewegung verfolgt vielmehr rein nationalistische Ziele.

Deshalb warnen wir die deutsche Arbeiterschaft eindringlich vor den irreführenden und den nationalistischen Bestrebungen zum Nachteil des revolutionären Gedankens Vorschub leistenden Parolen der U R P D.

Die Lebensinteressen des deutschen, wie des ober-schlesischen und polnischen Proletariats erheischen, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Polen vermieden wird. Die Proletarier müssen daran hinarbeiten, daß innige wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, wie mit den anderen Ostländern, insbesondere Rußland auf friedlichem Wege herbeigeführt und gesichert werden.

Die durch die kapitalistische Gesellschaft verursachte politische und wirtschaftliche Weltkrise hat die Völker in höchste Not gebracht. Die Völker können nicht durch die kapitalistische Kriegs- und Friedenspolitik zu Arbeit und Wohlstand, zu Völkerfrieden und Völkergleich geführt werden. Das ist nur zu erreichen durch den revolutionären Klassenkampf der Arbeiter aller Länder, durch die Ueberwindung des Kapitalismus und Verwirklichung des Sozialismus. In diesem Sinne arbeitet die Unabhängige Sozialdemokratie unermüdet als Mitglied der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien. Sie erstrebt die Herstellung einer geschlossenen Front des internationalen Klassenbewußten Proletariats.

Entschlossener Kampf der Arbeiter in jedem Lande gegen die eigene Reaktion und darüber hinaus internationales Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder,

das ist die Forderung des Tages, das ist der Weg auf allen kapitalistischen Intrigen und imperialistischen Abenteuer, das ist der Weg, auf dem die Bevölkerung Oberschlesiens endgültig zum Frieden gelangen wird.

stellten erforderlich sind? Eine neue Inflationswelle, ein neues Sinken der Mark, neue Erhöhung aller Preise wäre die Folge.

Man muß die bürgerlichen Parteien und die künftige Regierung vor die Frage stellen, ob sie meinen, wenn sie heute die Unterschrift verweigern, bei ihrer Weigerung solange verharren zu können, bis die politische Situation sich zugunsten Deutschlands irgendwie geändert haben wird. Diese Aenderung wird jedenfalls nicht in kurzer Zeit erfolgen, da gerade durch die Verweigerung der Unterschrift der Nationalismus in Frankreich gezeitigt, die Stimmung gegen Deutschland im Auslande verschlechtert wird.

Und noch eine Frage muß gestellt werden: Wie wird sich das Schicksal Oberschlesiens entscheiden, wenn die Franzosen im Besien marschieren? Wird Deutschland nicht dann zugleich der Verfügung über sein westliches und selbst östliches Rohstoffgebiet beraubt sein?

Ungeheuer ist die Verantwortung für jede Entscheidung. Die sozialistischen Parteien sind zu schwach, um sie heute übernehmen zu können in einer Situation, die vollständig verfahren worden ist durch die Schuld auch der bisherigen deutschen Politik. Wir können die Verantwortung schon deswegen nicht übernehmen, weil wir keine Garantie dafür haben, daß eine Politik späterhin fortgeführt werden könnte notwendig, um die Lasten erträglich zu machen und ihre Milderung in der Zukunft vorzubereiten.

Die Verantwortung lastet auf den bürgerlichen Parteien. Aber wir fordern, daß die Frage entschieden wird nicht in geheimen Beratungen der Fraktionen nicht hinter verschlossenen Türen ohne Angabe von Gründen beraten wird, sondern von einer verantwortlichen Regierung und vom ganzen Reichstag. Und wir fordern, daß dem deutschen Volke klar und deutlich, rückwärtslos und wahr gezeigt werde, was auf dem Spiele steht. Wir wollen nicht wieder wie am 1. August 1914 in einer Abgrund hineinschüttern.

Die Lage im Aufstandsgebiet

Oppeln, 7. Mai.

W. T. S. meldet: Der Ernst der Lage im Aufstandsgebiet hat sich bis zum 7. Mai abends in keiner Weise verringert. Nach der Durchführung der Besetzung der dafür vorgesehenen Gebiete richteten sich die Angriffsabsichten der Aufständischen in verstärkter Maße wieder gegen die größeren Städte des Industriegebietes; alle Städte weisen eine große Zahl von Flüchtlingen auf. Die deutsch gesinnten ober-schlesischen Beamten erfüllen überall da, wo sie noch dazu in der Lage sind, ihre Pflicht, um in Verbindung mit den Organisationen der deutschen Bevölkerung und den zuständigen Stellen die große Not der Bevölkerung zu lindern. In die Abstimmungsgebiete sind bisher 1800 deutsche Oberschlesier eingereicht. Zahlreiche weitere Anmeldungen liegen vor. Die Arbeiter der Königshütte, die die Arbeit wieder aufgenommen hatten, mußten diese wegen Kohlenmangel erneut einstellen. Aus dem Lande ließen neue Meldungen über Brandstiftungen der Aufständischen und über Terrorfälle vor. Von Seiten der Interalliierten Kommission wird nunmehr versucht, mit Hilfe von Verhandlungen mit den Aufständischen zu geschäftlichen Zuständen zu kommen. Der Kreisinspektor von Groß-Strehlitz hat heute einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem es heißt: „Am Verhandlungen der Interalliierten Kommission für die Wiederherstellung der allgemeinen Ruhe und Ordnung nicht zu hindern, sondern die deutschgesinnte Bevölkerung auf sich in keiner Weise gegen die vorläufige Besetzung von Ortschaften zu widersetzen.“ Der Erfolg dieser Verhandlungen erscheint jedoch aussichtslos, da die Führer des Aufstandes immer wieder mit aller Deutlichkeit erklären, daß sie in keinem Falle das von ihnen besetzte Gebiet räumen werden.

Rattowitz, 5. Mai.

Stadt und Kreis Kreuzburg ist noch unbesetzt. Die Stadt Rybnik ist auf Grund von Verhandlungen jetzt von den Aufständischen geräumt. Im Juliushospital in Rybnik liegen 26 verwundete Zivilpersonen und 19 tote Italiener, im Knappschäftlazarett 22 Verwundete und 3 Tote. Bei den Kämpfen in Gerswinka am 3. Mai hatten die Italiener 16 Tote und 18 Verwundete, bei den Kämpfen am 2. Mai bei Jastzemb hat die italienische Kompanie einen Toten und einen Verwundeten verloren. Die Stadt Groß-Strehlitz ist von Aufständischen frei, die einige Kilometer östlich der Stadt liegen. Die Stadt Kosele ist frei, große Teile des Kreises sind im Besitze der Aufständischen. Die Nachricht, daß die Einberufung von 3000 Deutschen zurückgenommen wurde, ist falsch. Es sind bisher 1500 Deutsche in Oppeln eingeschickt worden. Es fehlt jedoch an Bewaffnung und Bekleidung.

Zusammenstöße in Königshütte

Königshütte, 7. Mai.

Heute morgen von 1/8 Uhr an bildeten sich in Königshütte Ansammlungen von Arbeitern, die von polnischen Banditen von ihren Arbeitsstätten verjagt worden waren. Zu ihnen gesellten sich viele Flüchtlinge. Die Massen forderten vom Magistrat und den Kreisinspektoren Bewaffnung, um gegen das gewalttätige Vorgehen der polnischen Banden und gegen die gewaltsame Behinderung der Arbeitsaufnahme eingreifen zu können. Ein Stadtrat hielt eine Ansprache an die Männer, und suchte sie zu beruhigen. Aber erst als mitgeteilt wurde, daß zwei Kraftwagen mit Vertretern der Belegschaften nach Oppeln gefahren sind, und daß erst ihre Rückkehr und die Antwort, die sie mitbringen, abgewartet werden müßte, zerstreute sich die Menge. Es konnte nicht verhindert werden, daß drei polnische Spione, die als solche erkannt wurden, verprügelt wurden. In das polnische Hauptquartier — dem Reichhof — drang die Menge ein und besetzte die Räume und Einrichtungen. Gegen vier Uhr nachmittags begann von neuem eine wilde Schießerei. Polnische Banden rückten in ziemlich großen Stärken vom Westen her in die Straßen ein und besetzten fast die ganze Stadt mit Ausnahme des Ringes. Die französische Truppe, eine kleine starke Kompanie, verhielt sich vollkommen untätig. Sie hat nur den Ring abgesperrt, und wenn die polnischen Banditen auch hier vorzudringen versuchten, geben die französischen Soldaten einige Schüsse ab.

In Gleiwitz haben die Franzosen ihre Kasernen mit einem Drahtverhau versehen. Die Pressezensur wird von dem französischen Genjor in überaus rigoroser Weise durchgeführt. Italienische Pressestimmen über die Lage in Oberschlesien wurden gestrichen, dergleichen die Aufrufe der deutschen Parteien und Reichstagskommissionariate.

Korfantys Pläne

Beuthen, 7. Mai. (W. T. S.)

Korfanty hatte mit dem Sonderberichterstatter des „New-York Herald“, Griffith, eine Unterredung, in der er u. a. sagte, es sei zuzugeden, daß die Versorgung der Bevölkerung Oberschlesiens mit Lebensmitteln schwer sei, er hoffe aber, genügend Nahrungsmittel aus Polen zu erhalten. Aus Deutschland erwarteten die Insurgenten keine Lebensmittel, verhandelten aber mit den Alliierten wegen der Belieferung der großen ober-schlesischen Städte mit Weizen, die die Insurgenten bereit seien auf sich zu nehmen, wenn die Deutschen einwilligten, sich nicht in den Verkehr einzumischen. Zur Bezahlung der Bergarbeiter, deren große Bedeutung Korfanty anerkannte, sei die Ausgabe von Bonds geplant, die von der Arbeitgebervereinsleitung gegenzusichern seien und als Umlaufmittel dienen sollten. Sollte dieser Plan mißlingen, so werde er alles Geld der Banken, die sich in den Händen der Insurgenten befänden, beschlagnahmen. Diese Banken würden wahrscheinlich genügend Barmittel enthalten, um 80 Prozent der Lohnlisten am 15. Mai auszuzahlen.

Hindenburg, 7. Mai.

Der polnische Kommandeur veröffentlicht folgenden Anschlag: „Oberschlesien ist nunmehr in den Händen der ober-schlesischen Polen. Die ausführende Gewalt ist in unsere Hände übergegangen. Alle Bürger haben sich unseren Verordnungen zu fügen und die gesetzlichen Bestimmungen zu achten. Zum Verhandlungen und alle Handlungen gegen die bewaffnete Polizeimacht ziehen die härtesten und strengsten Strafen nach sich. In allen Angelegenheiten, betreffend Personalmachweise usw., wende man sich an die Stadtkommandantur, Kronprinzenstraße, Rothmanns Hotel.“

Das Hauptquartier der Insurgenten, das Schüllerische Hotel, ist gestern abend durch französische Posten besetzt worden.

Die Botshafterkonferenz über Oberschlesien

E. E. Paris, 7. Mai.

Die Botshafterkonferenz beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung, die unter dem Vorsitz Jules Cambons stattfand, auch mit der auch Marshall Foch beizuhaltenden, mit der Schließung der Kugelngeheiß. Die Botshafterkonferenz tadelt dann den Versuch eines Aufrufs, der unter den alliierten Truppen bereits Menschenleben gefordert hat, und wendet sich dann den Maßnahmen zu, die ergriffen werden sollen, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Interalliierte Kommission wurde angewiesen, an die Bevölkerung einen Aufruf zu richten, in dem

der Aufrührer verurteilt wird und gleichzeitig bekanntgemacht, daß keinerlei Zuzucht zur Gewalt die Entscheidungen der alliierten Regierungen beeinflussen könne und daß die Zuteilung des Abstimmungsgebietes frei nach den Bestimmungen des Friedensvertrages vorgenommen werden wird.

Eine englische Regierungserklärung

D. N. London, 7. Mai.

In Beantwortung mehrerer parlamentarischer Anfragen, stellte der Staatssekretär des Auswärtigen, Harmsworth, über den Polenaufruf in Oberschlesien folgendes fest: Es läßt sich nichts Verhängnisvolleres denken, als daß dieser Aufruf ausgebrochen ist. Eine Volksabstimmung hat jedoch unter Bedingungen strengster Unparteilichkeit stattgefunden und in dem Rahmen, in dem die Alliierten diese Unparteilichkeit sicherstellen konnten. Die Bevölkerung Oberschlesiens hat bei dieser Abstimmung selbst gesprochen. Die gegenwärtigen Unruhen scheinen aus Gerüchten in polnischen Zeitungen entstanden zu sein, daß die Alliierten bereits eine Entscheidung hinsichtlich der Teilung Oberschlesiens gefällt hätten. Eine Entscheidung dieser Art liegt jedoch nicht vor. Die Grenzfestlegung ist noch nicht vollzogen worden. Sie ist eine Frage, die lediglich dem Obersten Rat angeht. Die Bewegung in Oberschlesien ist sehr ausgebreitet, die Unruhen haben inzwischen die Form offener Rebellion in einzelnen Teilen des Abstimmungsgebietes angenommen. Wenn die alliierte Kommission die Ruhe wieder hergestellt hat, wird zur Demarkation der Grenzen geschritten werden, was im Interesse des Friedens so dringend notwendig ist. Staatssekretär Harmsworth wies so dann darauf hin, daß bei der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes das Haus noch Gelegenheit haben werde, die durch den Polenaufruf geschaffene Lage ausgiebig zu erörtern.

Alle Meldungen über die Vorgänge in Oberschlesien sind mit Vorsicht zu lesen. Es werden absichtlich übertriebene Nachrichten in die Welt gesetzt, um eine Katastrophensituation zu erzeugen. Leser, denkt an die Fliegerbomben, die über Nürnberg abgeworfen worden sein sollten, an die vergifteten Brunnen in Regh und an die Goldautomobile....

Helden der zweiten Internationale

Brüssel, 7. Mai.

Ein sozialistischer Minister erklärte dem Soir, daß er und seine sozialistischen Kollegen auch gegen die Besetzung Frankreichs gestimmt hätten, daß sie aber trotzdem nicht zurückgetreten wären, weil gewisse Fragen der inneren Politik ihr Verbleiben erforderlich gemacht hätten.

Der französische Aufmarsch

E. E. Paris, 7. Mai.

Das 26. Dragoner-, das 48. Feldartillerie- und das 83. schwere Artillerieregiment haben gestern Dijon verlassen, um zur Rheinarmee zu stoßen. Auch Abteilungen des 2. und 4. Jägerbataillons zu Fuß sind abmarschiert. 500 Mann des 13. Infanterieregiments sind nach Vandana abgegangen. Mitwoh ist aus Toulouse der Generalstab der 2. Division der Kolonialregimenter abgereist. Aus Louson ist der Dampfer „Gironde“ nach Brüssel in See gegangen, um an den eventuellen maritimen Sanktionen teilzunehmen.

Die belgischen Truppen sind zur Besetzung des Ruhrgebietes ausersehen und stehen unter dem Oberkommando des Befehlshabers der 11. Infanteriedivision, General Buzard. Diese Division wird sich aus dem 2., 3. und 6. Regiment der Jäger zu Fuß, dem 11. Artillerieregiment und dem 1. Regiment der Jäger zu Pferde zusammenziehen. Ferner werden zwei Radfahrerbataillone, 1 Geniebataillon und 1 Transparatabteilung der 5. Division, insgesamt 9000 Mann bereitstehen. Diese Truppen werden sich im Falle der Nichtannahme des Ultimatums durch Deutschland sofort in Bewegung setzen. Diese belgischen Truppen werden nördlich der Ruhr operieren. Die belgische Regierung fordert die Reservenoffiziere auf, sich unter den gegenwärtigen Umständen zur Verfügung zu halten.

Was geht vor?

Der Reichskanzler Fehrenbach hat am Freitag im Reichstag über Oberschlesien eine Erklärung abgegeben und dabei bemerkt, daß „inzwischen Anordnungen in die Wege geleitet sind, um die Reichswehr in den Stand zu setzen, in kürzester Frist dasjenige zu tun, was nach dem Ergebnis unseres Schrittes bei den alliierten Mächten als notwendig erscheinen möchte.“ Im Einklang mit dieser Erklärung und gewissermaßen im verschärfenden Sinne hat ebenfalls am Freitag im preussischen Landtag der Minister des Innern, Herr Dominicus, ausgeführt: „Gestern — also am Donnerstag — hat eine Beratung des Reichsabinetts unter Hinzuziehung der preussischen Minister und der Obersten Heeresleitung stattgefunden.“

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns nun hinreichend gelehrt, daß die Militärs, wenn sie einmal zu Beratungen herangezogen werden, in der Regel auch die Führung haben, während die Minister die stummen Zuschauer sind. Aus allen diesen Tatsachen ergibt sich der äußerste Ernst der Situation, die durch die ober-schlesischen Vorgänge geschaffen worden ist. Die Regierung hat sich in ihren Erklärungen sehr vorsichtig ausgesprochen. Die Dinge, die sich hinter den Kulissen abspielen, sind aber in Wirklichkeit viel weitgehender, als das, was man aus den Erklärungen der Minister entnehmen kann. Tatsächlich scheinen nicht erst seit heute und gestern, sondern schon seit längerer Zeit Abmachungen zwischen der Regierung und den militärischen Stellen getroffen worden zu sein. Die Versuche zur Mobilisierung der Zivilbevölkerung, die von den Regierungspräsidenten und den Landräten im Bezirk Frankfurt a. d. Oder und in Schlesien unternommen worden sind, sind die Frucht dieser Abmachungen. Denn es ist kaum anzunehmen, daß die Landräte und die Regierungspräsidenten auf eigene Faust gehandelt haben. Das ergibt sich u. a. auch aus den Auslassungen eines Gemeindevorsethers im Kreise Drossen, der am 28. April in einer Gemeindevorsteherversammlung folgendes erklärte:

„Im Einverständnis mit dem Regierungspräsidenten und der Reichsregierung rult der Landrat zur Bildung von Freiwilligenverbänden zwecks Grenzschutz gegen die Polen auf. Es werden im Kreise zwei Bataillone gebildet. Der Amtsbezirk Krollen stellt eine Kompanie. Sollten sich nicht genügend Freiwillige melden, so finden Zwangsaushebungen statt. Zu diesem Zwecke muß jeder Gemeindevorsetzter bis Donnerstag, den 28. April eine Liste aller wehrfähigen Männer von 18 bis 45 Lebensjahre dem Landratsamt einreichen. Derselben Ort, die keine Freiwilligen stellen, haben im Falle einer Mobilisierung keine Aussicht auf Verzichtigung von Reklamationen oder Verurteilungen.“

Hier wird also ganz offen von einer Mobilisierung gesprochen, die dem Zweck, gegenüber solchen Plänen gewinnlos die Worte,

die Fehrenbach im Reichstag und Dominicus im Landtag sprach, eine erhöhte Bedeutung. Allem Anschein nach sollen die Parlamente vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Sie sollen erst dann das Wort ergreifen können, wenn der Stein bereits ins Rollen gekommen ist und nicht mehr aufgehalten werden kann. Daraus ergibt sich, daß wir vor einer sehr ernst und gefährlichen Situation stehen, und daß die deutsche Arbeiterklasse alle Ursache hat zu verdoppelter Wachsamkeit gegenüber der Regierung und den militärischen Abenteurern.

Wir wollen nicht zum zweitenmal ins Unglück hineinschlittern. Die Lösung der Arbeiterfrage heißt: Nie wieder Krieg! Und sie muß diese Lösung gegebenenfalls mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in die Tat umsetzen.

Je mehr Feinde, desto besser!

Die deutsche Regierung scheint auch heute noch auf dem Standpunkt zu stehen, den die kaiserliche Regierung während des Krieges mit so pompösen Redensarten stets vertreten hat, daß sie nämlich um so mehr Ehre erlange, je mehr Feinde sie dem deutschen Volke schaffe. Darum sieht sie untätig zu, wie heute wieder durch nationalsozialistische Kreise eine neue Hege gegen die Tschcho-Slowakei inszeniert wird. Immer wieder werden von reaktionärer Seite Meldungen über angebliche Eroberungspläne der Tschcho-Slowakei in die Presse lanciert, während auf tschecho-slowakischer Seite niemand daran denkt, auch nur die geringste feindliche Handlung gegen Deutschland zu begehen. Im Gegenteil — gerade im Augenblick finden wichtige wirtschaftliche Verhandlungen zwischen deutschen Wirtschaftsvertretern und der Tschcho-Slowakei statt. Es sieht aus, als ob gewisse finanziell interessierte Kreise die ganze völkerverheerende Arbeit nur deshalb leisten, um diese Verhandlungen zu führen. Die Arbeiterschaft hat Interesse an der Aufrechterhaltung normaler und freundschaftlicher Beziehungen der deutschen Republik zur Tschcho-Slowakei und für das Zustandekommen guter wirtschaftlicher Beziehungen, die eine rege deutsche Ausfuhr nach der Tschcho-Slowakei gestatten. Sie hat deshalb die Aufgabe, mit aller Energie gegen eine solche neue völkerverheerende Tätigkeit Einspruch zu erheben und muß von der Regierung verlangen, daß sie alles tut, um nicht durch höfwilliges Schweigen diesen Gerüchten neue Nahrung zu schaffen.

Reichstag und Reichstagspräsident

Der Reichstagsrat des Reichstages trat am Sonntag abend zusammen, um über die weitere Geschäftsführung Beschluß zu fassen, da er durch den plötzlichen Schluß des Reichstages am Freitag verhindert wurde, die nächste Sitzung und deren Tagesordnung anzusehen. Nach längerer Aussprache entschied sich die Mehrheit zwar dafür, daß die nächste Plenarsitzung am Montag, 4 Uhr nachmittags, angelegt werden solle, es wird aber in Aussicht genommen, auch diese Sitzung wieder abzulassen, wenn die gegenwärtige Regierung oder die im Entstehen begriffene neue nicht bereit sein sollte, sich auf eine Diskussion über Oberschlesien und das Ultimatum der Entente einzulassen. Zu dem Zweck soll Montag mittag der Reichstagsrat erneut zusammentreten, um einen endgültigen Beschluß über die Plenarsitzung zu fassen. Die Vertreter der Unabhängigen und der Kommunisten hatten demgegenüber vergeblich darauf bestanden, daß unter allen Umständen am Montag nachmittag die Plenarsitzung mit einer Aussprache über Oberschlesien stattfinden müsse.

Im Verlaufe der Verhandlung kam es auch zu einer eingehenden Aussprache über den plötzlichen Schluß der Freitagsitzung durch den Reichstagspräsidenten Löbe.

Genosse Ledebour gab im Auftrage unserer Reichstagsfraktion die Erklärung ab, daß sie das Verhalten Löbes nicht gutheißen könne. Er habe allerdings auf Grund der Geschäftsordnung die Vollmacht, eine Sitzung zu schließen, wenn ständige Unruhe eine geordnete Verhandlung unmöglich macht. Diese Voraussetzung treffe aber nicht zu. Der Kommunist Maljahn habe zwar in ungeschickter Weise in der Geschäftsordnungsdebatte damit gedroht, daß seine Fraktion eine Besprechung der ober-schlesischen Frage erzwingen würde, und dessen Parteigenosse Kemnitz sei dann auf die Rednertribüne gesprungen, ohne aber auch nur ein Wort zu sagen. Die bloße Möglichkeit von Ruhestörungen habe dem Reichstagspräsidenten nicht das Recht zur plötzlichen Schließung der Versammlung gegeben. Es hätten erst Tatsachen vorliegen, also wirkliche Ruhestörungen sich ereignen müssen, ehe er so vorgehen dürfte. Dazu komme, daß das Verfahren des Reichstagspräsidenten die Ansetzung einer Sitzung für den Sonnabend überhaupt vereitelt habe, was in der Zeit dieser brennenden Krise nach Auffassung unserer Fraktion höchst bedauerlich sei.

Der Kommunist Bary unterstützte diese Ausführungen, während die Redner aller anderen Parteien, einschließlich des Reichstagssozialisten Hermann Müller, das Verfahren des Reichstagspräsidenten billigten.

Im Laufe der Debatte machte der Reichstagspräsident Löbe dann die Bemerkung, Ledebour gehe in der Bemängelung seines Verhaltens ja über die Kommunisten selbst hinaus, denn nach Schluß der Sitzung hätten hervorragende Vertreter der kommunistischen Fraktion ihm erklärt, sie seien durchaus damit einverstanden, daß er durch Schluß der Sitzung der Sache ein Ende gemacht habe. Auf diese erstaunliche Mitteilung, die bei allen Anwesenden große Heiterkeit auslöste, erwiderte Ledebour, daß nach allen bisherigen Erfahrungen ein solches Verhalten der Kommunisten nicht überragend sei. Als mildernden Umstand könne man den „prominenten“ Kommunisten vielleicht anrechnen, daß sie gar nicht verstanden hätten, um welche wichtige prinzipielle Frage des Parlamentsrechtes es sich dabei handelte. Durch das Verfahren des Reichstagspräsidenten sei ja dem Reichstag selbst die Entscheidung über die Ansetzung seiner Sitzung und der Tagesordnung aus der Hand genommen worden, ohne daß irgendein zwingender Grund dafür vorgelegen hätte.

Daß auch bei dieser Gelegenheit die Gruppen in der kommunistischen Reichstagsfraktion öffentlich gegeneinander gearbeitet haben, kann jedenfalls die Fraktion der U. S. P. D. nicht abhalten, ihre Rechtsauffassung, daß der Reichstagspräsident in diesem Fall seine Befugnisse überschritten und damit dem Reichstag selbst eine Entscheidung ungesetzlicher Weise aus der Hand genommen hat, mit aller Entschiedenheit zu vertreten.

Der Terror der Faschisten nimmt in Pilsne allmählich sehr bedrohliche Formen an. Der Führer der Partei der Autonomisten, Janelli, konnte sich vor dem Tode nur durch schreckliche Flucht retten. In der Stadt herrscht allgemeine Anarchie, niemand wagt sich auf die Straßen, da die Faschisten blindlings und willkürlich auf jeden schießen, der ihnen verdächtig erscheint. In die Stadt eingerückten Militärs haben u. a. nur die dazu beigetragen, die Ordnung wiederherzustellen. Im Gegenteil, sie haben sich zum großen Teil den Faschisten angeschlossen. Der Generalkriegsdienst dauert an, er hat inzwischen auf ganz Italien übergriffen. Ende vergangener Woche haben sich die blutigen Zusammenstöße wiederholt erneuert. Es gab wiederum zahlreiche Tote und Verwundete.

Revolutionäre Pflicht

Nach den Auffassungen der bürgerlichen Revolutionäre etwa aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts besteht eine Revolution in dem bewaffneten Aufstand eines Teils der Bevölkerung gegen die jeweilige Regierung. Es ist dieselbe Auffassung, die Lassalle als Revolution im Heugabelsinn dem Spott der Geschichte überwiesen hat. Diese Auffassung fand aber noch Boden in jener Zeit der Arbeiterbewegung, die man als ihr Kindheitsalter bezeichnet. Sie wurde besonders von den Leuten gehegt und gepflegt, die die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht erkannt hatten, und der Meinung waren, daß sich eine proletarische Revolution in genau denselben Formen wiederholen und sich derselben Mittel bedienen müsse, wie eine bürgerliche Revolution. Der Anarchismus, der sich dieser Auffassung bedient, ist also in seiner praktischen Auswirkung nichts anderes als ein Abkömmling der liberalen Doktrin, wonach das tatsächliche Auftreten von Einzelpersonen die Gesetze der menschlichen Gesellschaft beeinflussen könnte, und daß im Zeitalter der Arbeiterbewegung schon ein kleiner Korruptur-entschlossener Revolutionäre genüge, um die ganze bisherige Wirtschafts- und Staatsverfassung über den Haufen zu rennen.

Die sozialistische Erkenntnis hat mit diesen Auffassungen gründlich aufgeräumt. Sie zeigt, daß das Wesen der menschlichen Gesellschaft abhängig ist von der Verfassung ihrer wirtschaftlichen Zustände. Die soziale Revolution spielt sich nicht wie auf dem Theater ab, wo sich die Szene im Handumdrehen und mit großem Knalleffekt ändern kann. Sie ist ein fortlaufender Prozeß, der sich im Schoße der Gesellschaft vollzieht. In der Entwicklung der Produktionsverhältnisse zeichnen sich deutlich die Formen der künftigen Gesellschaftsverfassung ab. Der Kapitalist besitzt zwar noch das Privateigentum an den Produktionsmitteln, der Produktionsprozeß ist aber ein gesellschaftlicher Vorgang, sein Träger ist das Proletariat. Die soziale Revolution hat die Aufgabe zu erfüllen, diesen Widerstand aufzulösen, den wirtschaftlichen Prozeß zu beenden durch den juristischen Akt, die Produktionsmittel denen zu übergeben, die die Produkte hervorbringen, und das ist das Proletariat. Wann dieser letzte Akt sich vollzieht, das hängt von einer Reihe von Faktoren ab; die Wirtschaftsverfassung der Gesellschaft muß reif zur Sozialisierung sein, die Arbeiterklasse muß die Erkenntnis von den sozialen Zusammenhängen haben, das Proletariat muß aber auch den Willen besitzen, seine Aufgabe durchzuführen, und schließlich müssen die Machtverhältnisse der Klassen so gelagert sein, daß eine dauernde Besitzergreifung der politischen Macht und die vollkommene Umgestaltung aller wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse das Gebot der Stunde ist.

Es ist eine Folge des Krieges und der durch ihn hervorgerufenen leiblichen und seelischen Verelendung des Proletariats, daß in seinen Reihen wiederum jene anarcho-synthetischen Auffassungen von dem Wesen der Revolution Eingang finden konnten, die dem Kindheitsalter der Arbeiterbewegung angehören. Es tut nichts zur Sache, daß dieser Anarchismus heute unter der Flagge des Kommunismus leuchtet. Erst vor einigen Wochen haben wir erlebt, wie unter Mißachtung aller objektiven Tatsachen die Leitung der kommunistischen Parteien eine Revolution in Deutschland „machen“ wollten. Der Märzputsch ist kläglich zusammengebrochen, übrig geblieben ist der Trümmerhaufen bei den Kommunisten, tausende von irregulierten Arbeitern mühen sich für die Sünden der kommunistischen „Kindsöpfe“ in der kommunistischen Zentrale mit Gefängnis und Zuchthaus büßen, die Arbeiterbewegung ist durch dieses Abenteuer auf das schwerste geschädigt. Das Nähere darüber kann man in der Schrift von Paul Levi oder in der bekannten Resolution von Clara Zetkin nachlesen.

Noch ist nicht der Schaden verheilt, den der Märzputsch der deutschen Arbeiterklasse geschlagen hat. Und schon wieder ruft die kommunistische Zentrale zu einer „Aktion“ auf. Diesmal ist es der von den polnischen Nationalisten verursachte Aufstand in Oberschlesien, der zu einer Revolution für ganz Deutschland „gesteigert“ werden soll. Alle Parolen aus der monarchistischen Herrentafel werden wieder hergeleiert, um das Proletariat für dieses neue Abenteuer zu gewinnen. Wir hören wieder von dem berühmten „Kortrupp“, von der Befreiung der Betriebe, von der Bewaffnung der Arbeiter in diesen Betrieben. Wiederum sollen die Arbeiter in einen Putsch hineingeworfen werden, der nach allen objektiven Tatsachen mit einer Niederlage enden muß. Denn darüber muß man sich vor allem klar sein: im jetzigen Augenblick würde der Teil der Arbeiterklasse, der den putschistischen Parolen zu folgen sich entschließt, nicht nur die polnischen Tuner und Militärs, nicht nur die deutsche Bourgeoisie mit ihrer Reichswehr, Sipo und Orgefa, er würde vor allen Dingen die ungeheuren Nachmittel der kapitalistischen Staaten der Entente gegen sich haben. Es ist also ein heller Wahnsinn, jetzt zur „Revolution“ aufzurufen, in einer innen- und außenpolitischen Situation, die für das deutsche Proletariat so ungünstig wie nur irgend möglich ist.

Wir wissen genau, daß die anarcho-synthetischen Wirkkräfte, die in der kommunistischen Zentrale jeden Tag ein Duzend neue Parolen herausgeben, uns als „Veräter“ beschimpfen werden. Wir dürfen aber feststellen, daß wir uns bei diesem „Verat“ in guter Gesellschaft befinden. In einem Artikel „Kaltblut und Disziplin“ in der „Humanität“ sieht sich L. D. Frossard, der Leiter der kommunistischen Partei Frankreichs genötigt, seine engeren Parteifreunde vor Unübersichtlichkeit zu warnen. Die französische Regierung hat dieser Tage die Jahresklasse 1919 mobilisiert. Für die französischen Kommunisten erhebt sich nun die Frage, wie sie sich dieser Einberufung gegenüber verhalten sollen. Die Partei hat, ebenso wie die sozialistische Partei Frankreichs, gegen die Mobilisierung protestiert. Kann sie aber über diesen Protest hinausgehen? Kann sie die von der Einberufung Betroffenen zur Gehorsamsverweigerung, zur Fahnenflucht aufrufen? Das ist die Frage, die Frossard in seinem Aufsatz zu beantworten versucht.

„Auf meinem Bureau sind Genossen erschienen“, schreibt Frossard, „die, den Befehl in Händen haltend, mich nach dem praktischen Rat der Partei gefragt haben. Ich war gezwungen, ihnen blutenden Herzens zu erklären, daß ich ihnen nicht empfehlen könnte, dem Befehl nicht nachzukommen. Ich gedachte jener Matrosen des Schwarzen Meeres, die in republikanischen Regungen dafür büßen mußten, daß sie auch die Uniform tragen geblieben sind. Wir feiern ihre Taten. Wenn wir um unsere Verantwortung unbestimmt genug wären, wenn wir um unsere Verantwortung, hätten wir gewiß Stoff zu erregenden Opfern erheben zu lassen, hätten wir gewiß Stoff zu erregenden Reden, aber ich glaube, in unserem Innern spüren wir Gewissensbisse, weil wir einige, vielleicht die besten unserer Genossen, der unerschütterlichen Koche der Bourgeoisie ausgeliefert haben, solange die Klut zwischen Traum und Wirklichkeit so tief ist. Es ist die Klut zwischen Traum und Wirklichkeit so tief ist. Es ist leicht, Parolen hinauszuswerfen, aber wenn diese auf allgemeine Gleichgültigkeit stoßen, so machen sich ihre Schöpfer lächerlich, und

werden nur von einer Handvoll Kämpfer befolgt, die stets zu allen Opfern bereit sind. Aber diese Parolen münden doch nur in der Zerstörung dessen aus, was mit so großer Mühe aufgebaut worden ist. Kaltblütiges Blut würde vielleicht fließen. Aber nützlich, denn diese schönen und heldenhaften Verweisselungsschritte würden keinen Einfluß auf den Gang der Dinge haben. Eine Bewegung wird nicht gemacht. Sie muß vielmehr sozulagen die Massen selbst zur Erhebung bringen.“

Frossard war dieses Geständnis nicht leicht, denn er leitet seinen Warnruf mit folgendem Satz ein: „Im Leben eines Kämpfers gibt es oft Stunden, wo man lieber schweigen möchte, aber sprechen Pflicht ist. Wir leben in einer solchen Stunde“. Das deutet darauf hin, daß Frossard einer ganz bestimmten Entwicklung innerhalb seiner Partei entgegenzutreten für notwendig hält. In der Tat veröffentlicht dieselbe Ausgabe der „Humanität“ unter der Überschrift „Notwendige Disziplin“ einen Aufruf der Parteileitung, in dem darauf hingewiesen wird, daß von einzelnen Sektionen ein Druck auf die Parteileitung auszuüben versucht wird in dem Sinne, daß diese entsprechend den Sektionsbeschlüssen handle. Die Parteileitung versichert, daß alle Vorgänge ihre schärfste Aufmerksamkeit fänden und erinnert die Mitgliedschaft, daß schärfste Disziplin die hauptsächlichste Bedingung ist. Alles in allem ist dieser Aufruf eine verzweifelte Mahnung und Warnung der Mitgliedschaften, sich nicht von augenblicklichen Erregungen und Eingebungen leiten zu lassen.

Die Worte des französischen Kommunistenführers sollten sich auch die deutschen Arbeiter merken. Unsere revolutionäre Pflicht besteht nicht darin, auf jede kommunistische Parole hineinzufallen und den Geboten von Leuten zu folgen, die noch nicht die Anfangsgründe der sozialistischen Erkenntnis begriffen haben. Das deutsche Proletariat muß seine Wachsamkeit aufs äußerste verstärken. Ihm drohen Gefahren nicht nur vom alliierten Imperialismus, sondern auch von der deutschen Bourgeoisie, die den ober-schlesischen Aufstand zum Vorwand für ein neues kriegerisches Abenteuer benutzen möchte. Wir dürfen uns aber nicht in Einzelaktionen verzeihen, sondern müssen in geschlossener Front zusammenstehen, um den nationalistischen und militaristischen Plänen ein ebenso schnelles Ende zu bereiten, wie sie aufgetaucht sind. Nichts könnte der bürgerlichen Regierung in Deutschland erwünschter kommen, als ein neuer Putsch in diesem Augenblick. Unsere klare und geschlossene Haltung muß auch diese Wünsche zunichte machen. Revolutionäre Pflicht ist es jetzt, jedem nationalistischen Abenteuer ebenso energisch entgegenzutreten, wie einem neuen anarcho-synthetischen Putschversuch.

Deutsch-russischer Vertrag abgeschlossen!

Die Grundlage für die Aufnahme der Handelsbeziehungen

Die Verhandlungen, die seit einiger Zeit zwischen der deutschen und der russischen Regierung über den Abschluß von Verträgen zur Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen und zur Erleichterung der Heimbeförderung der Gefangenen und Internierten geführt worden sind, haben jetzt ein erstes wichtiges Ergebnis erreicht. Am 6. Mai sind in Berlin zwischen den Vertretern des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und einem besonderen Abgeordneten der Sowjetregierung mehrere Verträge abgeschlossen worden.

Der eine ist eine Ergänzung und Erweiterung der schon im April 1920 getroffenen Abmachungen über die Rückbeförderung der Gefangenen und der Zivilinternierten. Deutsche Kriegsgefangene, die sich in Rußland gegen ihren Willen aufhalten mußten, gab es seit Ende 1918 glücklicherweise nur noch verhältnismäßig wenige in Rußland und im fernen Osten, da der Friedensvertrag von Brest-Litowsk bereits die Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen angeordnet hatte.

Dagegen waren bis Mitte 1920 noch Hunderttausende russischer Kriegsgefangener in Deutschland, die allmählich abgeführt wurden, so daß jetzt auch nur noch eine gegen die frühere Masse geringe Zahl russischer Kriegsgefangener in Deutschland sind. Dazu kommen auf beiden Seiten allerdings noch zahlreiche Zivilpersonen, die durch den Krieg in Deutschland und in Rußland festgehalten wurden, und ferner seit dem russisch-polnischen Kriege eine bedeutende Anzahl Soldaten der Roten Armee, die auf deutsches Gebiet übergetrieben waren. Ueber das Schicksal aller dieser unglücklichen Erben des Krieges bestimmt der neue Vertrag, im Anschluß an den Vertrag vom April 1920, in vernünftiger und menschlicher Weise.

Während dieser Vertrag eine traurige Vergangenheit liquidieren will, weist der zweite Vertrag durchaus in die Zukunft. Er gestattet die Tätigkeit der beiderseitigen Fürsorgestellen für Kriegsgefangene wesentlich um und erweitert sie zu Handelsvertretungen, gewährt ihnen auch wichtige Befugnisse, wie sie sonst die Konsularvertretungen haben. Der Vertrag nimmt überdies die vollständige Wiederaufnahme der normalen Beziehungen in Aussicht und stellt für Deutschland die wichtige Tatsache fest, daß die russische Vertretung in Deutschland die einzige Vertretung des russischen Staates ist. Damit wird dem Umwelen der Konturrevolutionären, gefährlichen ähnlichen Vertretungen der Kolossal, Dankin usw. jeder Boden entzogen.

Der Vertrag stellt ferner die notwendigen Grundlagen eines rechtlich geordneten Handelsverkehrs zwischen den Deutschen und Russen her, ohne die sich namentlich bei der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme der deutsche Kapitalismus von umfangreichem Handel mit Sowjetrußland abgrenzen fühlen würde. Es wird Sache der deutschen Arbeiter und ihrer gemeinschaftlichen Organisationen sein, den gehörigen Druck auf die Unternehmer nach der Richtung auszuüben, daß sie die nach Waren aller Art hungernde Wirtschaft Rußlands nicht als ein bequemeres Objekt kapitalistischer Ausbeutung betrachten, sondern den neuen Vertrag, und die durch ihn erleichterten Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland als ein Werkzeug der Völkerverbindung benutzen.

Unsere alte Forderung nach Wiederaufnahme des Verkehrs mit Rußland ist durch den Vertrag zu einem kleinen Teil erfüllt. Wir fordern den schnellen Abschluß des in dem Vertrage vorgesehene allgemeinen Handelsvertrages. Ein Zufall fügt, daß der neue Vertrag mit Rußland am selben Tage abgeschlossen worden ist, an dem das Ultimatum der Westmächte bei der deutschen Regierung eintraf. Eine vorwärtschauende und aktive Politik müßte diesen Zufall planmäßig verwerten, um endlich die Säumnisse nachzuholen, die durch die politische Inaktivität während der letzten drei Jahre an der deutschen und der russischen Arbeiterklasse bezogen worden sind.

Kommunistenversuche. Das Erstarre Sondergericht, das zusammengestellt ist, um gegen etwa 80 Kommunisten, Angehörige der Wehrmacht, zu verhandeln, verurteilte am Sonnabend 28 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 8 Monaten bis zu 2½ Jahren.

Sturm im Preussischen Landtag

Im preussischen Landtag gab es am Sonnabend eine sehr bewegte Sitzung. Der Minister des Inneren, Herr Domagala, gab einleitend eine Erklärung über Oberschlesien ab. Dabei hob er hervor, daß die Behauptung, französische Offiziere hätten in der Nähe von Reiche eine Eisenbahnbrücke zu sprengen versucht und seien dabei gefangen genommen worden, nicht den Tatsachen entspräche. Der Minister hatte diese Behauptung am Tage vorher aufgestellt, die Meldung war ihm von einem Regierungspräsidenten zugegangen, und dieser Regierungspräsident ließ inzwischen durch ein Telegramm seine leistungsfähige Behauptung widerrufen.

Die Erklärung des Ministers rief auf der linken Seite des Hauses einen Sturm der Entrüstung hervor. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß genau wie im Jahre 1914 Lügenzentralen am Werke sind, um das Volk in eine Katastrophensituation hineinzutreiben. Die Unabhängigen und die Kommunisten verlangten eine Besprechung über die Vorgänge in Oberschlesien. Präsident Leinert versuchte, die Besprechung durch einen Geschäftsordnungsrat abzuhandeln. Das gelang ihm aber nicht, da nach der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags nur 16 Abgeordnete erforderlich sind, um eine Besprechung durchzuführen.

Herr Leinert mußte sich also gezwungenermaßen dazu herbeilassen, die Debatte zu eröffnen. Die Rechtssozialisten, die gegen die Besprechung gestimmt hatten, schiedten nun als ersten Redner einen Unglücksmanischen, den Abg. Schölich aus Breslau, vor. Der gute Mann wurde vor vielleicht 50 Jahren irgendwo in Oberschlesien geboren, und er glaubte deshalb, nur er und niemand anders sei befugt, über die ober-schlesischen Verhältnisse zu reden. Er machte es auch danach, stammelte ein paar nationalistische Phrasen herunter, ging auf den Ernst der Situation überhaupt nicht ein und verschwand schließlich unter dem tosenden Lärm der Linken. Inzwischen war ein Antrag auf Schluß der Debatte eingeleitet; dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten angenommen. Die Rechtssozialisten, die erst gegen die Eröffnung der Debatte gestimmt hatten, dann den Unglücksman Schölich vorschickten, stimmten mit sämtlichen bürgerlichen Parteien für Schluß der Debatte! Sie haben damit die parlamentarischen Gesetzmäßigkeiten völlig preisgegeben und gezeigt, wie wenig ernst es ihnen mit der Opposition gegen den bürgerlichen Staat und seine Regierung ist!

Die Kommunisten hörten nunmehr durch Obstruktion den weiteren Gang der Verhandlungen. Die Rechtssozialisten sind dafür verantwortlich, wenn das Haus am Sonnabend beratungsunfähig wurde. Die Sitzung wurde zweimal vertagt, jedesmal erhob sich auf der Linken bei Wiederaufnahme der Verhandlung neuer Lärm, und so blieb dem Präsidenten nichts weiter übrig, als die nächste Sitzung auf Montag festzusetzen.

Der Staatsrat

Der preussische Staatsrat wählte in seiner gestrigen Sitzung zuerst sein Präsidium. Es kam zu einer Kampfabstimmung gegen die Rechte. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei wollten sich durch ihre Vereinigung zu einer einheitlichen Fraktion, zur kürzesten Gruppe machen, die das Anrecht auf den Präsidenten hätte. Gegen diese Zweckgemeinschaft wandten sich die anderen Parteien, die das Präsidium ohne Rücksicht auf diese Rekonstruktion gemäß der Stärke der wirklich existierenden Parteien beschließen. So wurde Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Köln (Zentrum) mit 45 Stimmen gewählt gegen 26 der Rechten, die auf den Oberbürgermeister Dr. Jarres stellten; als erster Stellvertreter der Rechtssozialisten Graf Frankfurt, als zweiter Dr. Jarres; Schriftführer wurden v. Reibom (Dn.) und La Grange (U.S.V.), Stellvertreter Trittel und Hähnen (Cos.).

Die Rechte hat sichtbar das Bestreben, den Staatsrat zu einer Art Oberhaus zu machen, das Landtag und Regierung möglichst streng kontrollieren soll. Dieser Gegenstand kam namentlich zum Ausdruck in dem Bestreben der Rechten, besonders den Staat sehr eingehend zu beraten, obwohl dadurch der Landtag in der Aufnahme seiner Arbeiten stark behindert würde. Wir verteilten den Standpunkt, daß in diesem Jahre der Staatsrat schon infolge der Geschäftslage des Landtages auf eine eingehende Beratung gänzlich verzichten könnte. Schließlich wurde aber trotzdem eine Ausschussberatung von der bürgerlichen Mehrheit beschlossen.

In einer Nachmittags-sitzung wurden verschiedene kleinere Vorlagen erledigt, darunter auch der Entwurf eines Wahlprüfungs-gesetzes für den Landtag. Dies gab Genossen Dr. Weindberg Gelegenheit, sowohl gegen die Einmischung des Staatsrats in Dinge, die ausschließlich den Landtag angehen, zu protestieren, als auch unserem Mikrauten gegen die heutige bürgerliche Straf- und Verwaltungsjustiz Ausdruck zu geben.

Nach der Plenarsitzung konstituierte sich ein Haushalts- und Geschäftsordnungsausschuss, und außerdem ein, trotz unseres Widerspruchs, eingeschlehter Ausschuss, der von der Regierung über die ober-schlesischen Angelegenheiten auf dem Laufenden erhalten werden soll.

Die Beamtenbesoldung

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Der Reichstag hat das Gesetz über ein vorläufiges Ortsoffiziersverzeichnis für die Beamtenbesoldung angenommen.

Es wurde vom Reichstag gefordert, als es sich herausstellte, daß die endgültige Regelung noch mehrere Monate in Anspruch nehmen würde. Der Hauptzweck des vorläufigen Verzeichnisses ist der, eine Neueinteilung auch der Orte unter 10 000 Einwohnern vorzunehmen, die bei der Regelung im Dezember vorigen Jahres nicht berücksichtigt werden konnten, weil die Vorarbeiten noch nicht weit genug vorgeschritten waren. Das neue Gesetz bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand einen sehr erheblichen Fortschritt. Mehr als 7000 Gemeinden sind in eine höhere Ortsoffiziersklasse eingereiht und damit die Bezüge eines großen Teiles der Beamten um mindestens 1000 M. — in diesen Fällen werden es sogar mehrere 1000 Mark sein — erhöht worden. Es konnten nicht alle Wünsche erfüllt werden. Es liegt im Wesen einer vorläufigen Regelung, daß in allen zweifelhaften Fällen zunächst die niedrigere Ortsoffiziersklasse gewählt werden mußte. (Wobei sich fragt, wie es die betreffenden Fälle zweifelhaft sein mußten? D. N. d. B.) Auch eine Reihe von Unebenheiten liegen sich infolge der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht vermeiden. Das neue Ortsoffiziersverzeichnis ist aber, wie es ausdrücklich im Gesetz heißt, „unbeschadet der demnächstigen endgültigen Regelung“ erlassen worden. Bei den kommenden Verhandlungen über das endgültige Gesetz wird in weitestem Maße Gelegenheit sein, die noch nicht erfüllten Wünsche auf Höherstellungen unter Mitwirkung der Beamtenchaft eingehend durchzuprüfen und berechtigten Beschwerden abzuheben.

Militärpolitischer Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien. Das tschechoslowakische Pressebureau meldet: Das Einvernehmen, welches zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei seit der Zeit der „Runde der Wälder“ Dr. Beneš in Bukarest und des Minister-Tale Konrad in Prag bestand, erhielt dieser Tage durch weitere Verhandlungen zwischen den beiden Ländern einen definitiven und klaren Charakter in Form eines militärpolitischen Vertrages. Es erübrigt sich, zu erinnern, daß dieses Inkarnat der Friedenspolitik besiegelt, bis von den beiden Ländern verfolgt wird und auf der vollen Einhaltung der Friedensverträge beruht.

A. WERTHEIM

Extra-Preise Montag bis Mittwoch
Waschstoffe
Blusen



Sportflanell Streifenmuster, welche Ware. Mtr. 975	Voll-Voile weiß, gute Qualität. Mtr. 1950	Kimono-Bluse aus gesticktem Batist mit farb. Handtuch. 2950	Kimono-Bluse aus gutem Voll-Voile mit Hohlkämmen und Häkerei. 69Mk.
Baumwollmussel, bedruckt, große Musterauswahl. Mtr. 1450	Schleierstoff weiß, bestickt, 110 cm breit, Mtr. 23Mk.	Sportbluse offen und geschlossen zu tragen, aus gutem Zephir. 3950	Jabot-Bluse garniert mit reichem Hohlkämm und Filletmotiven. 82Mk.
Weiß Popeline für Kleider und Kostüme, Mtr. 1750	Voll-Voile bestickt weiß, 110 cm breit. Mtr. 29Mk.	Bluse in Voll-Voile mit Handflettsatz. 58Mk.	Jumper festsche Form, aus Kunstseidestrikot, in vielen Farben. 125Mk.

Seidenstoffe

Kunstseidenstoff einfarbig, für Hutgarnierung. 1675	Bedr. Seidenstoff in hell. u. mittl. Farb. 100 cm. 43Mk.
Reins. Blusenstoff gestreift. Mtr. 24Mk.	Einf. Tussahseide moderne Farben. 60 cm. 4750
Paillette viele moderne Farben. Mtr. 2650	Reinseid. Messaline marineblau. doppeltbr. 59Mk.

Reise-Artikel

Handkoffer Hartplatten, mit 8 Schutzecken u. zwei guten Schlössern. Länge cm 55 60 65 70. 65Mk. 68Mk. 72Mk. 75Mk.
Reise-Handtasch. Länge cm 45 50 55 60. 160Mk. 195Mk. 225Mk. 250Mk.
Mod. Besuchstaschen Leder, in verschiedenen Farben. 24Mk. 2750 33Mk. 58Mk. 68Mk.
Scheintaschen Leder, mit Abteilungen. 1250 1450 19Mk. 2250 29Mk.
Geldtaschen Led. Damen u. Herren 550 750 975 15Mk. 25Mk.
Damen-Handtaschen Leder, mit Bügel. 27M. 29M. 52M. 95M. 145M.
Aktenmappen aus solidem Leder, mit 2 Schlössern. 52Mk. 90Mk.

Damenkleider

Jugendl. Kleid leinenartiger Stoff, mit und ohne Stickerei, viele helle Farben. 110 Mk.	Kleid aus Imitiert Leinen, m. Faltenpartie und Stepperei, verschiedene Modifarben. 245 Mk.
Sommerkleid weißer Schleierstoff, glatt und gestickt. 85 Mk.	Wollkleid reinwoll. Cheviot, mit vielfarb. Stepperei. 275 Mk.

Damen-Mäntel

heller Cheviot, m. Kimono-Armel u. farb. Untertragen, reich bekorbeit, reine Wolle **275 Mk**
Paletot, hellmode, Stoff reich gestickt, mit farbigem Unterkrag, reine Wolle **355 Mk**

Besondere Gelegenheit **Damen-Lackgürtel** schwarz, braun, rot **210**
(Kurzwaren-Abteilung)

Proben v. Kleiderstoffen versendet die Versandabteilung, Berlin W. 9, nach auswärts portofrei

Trauringe

zu Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Dukaten-Trauring, 800 gestempelt, 75.- Mtl.
1 Trauring, 805 gestempelt, 68.- Mtl.
1 Trauring, 838 gestempelt, 30.- Mtl.
Wir fertigen nur massive Trauringe ohne Lötung.
Trauringfabrik S. Schneider & Sohn
Brunnenstraße 41
Kontore und Verkaufsräume von 1. Etage.
Geöffnet bis 7 Uhr. Tel. Humboldt 867.

Wingen auf!!

Platin, Gold, Silber, Niess, 50, Reiten, goldene Uhren, kauft Übermäher zu vollen Tagespreisen
Neukölln, Bergstr. 140
Eingang Gasthof im Süden, täglich von 9-7 Uhr.
Sonntags bis 11 Uhr.
Bismarckstr. 47, 49, 51, 48, 5 Minuten vom Ringbahnhof
Neukölln 7, 10, 16.

Kolonie Zeelen.

wenige Minuten vom See, landschaftlich schön und bequem erreichbar gelegen, verkehrte Landparzellen von 1000 M. an bei kleiner Anzahlung und günstigen Zahlungsbedingungen. Besondere Aufmerksamkeit!
W. Roschafsky,
Berlin C 54,
Rosenthaler Str. 39
Tel. 1. Teleph.: Runden 5002.

Beachtenswert!

Der in allen Abteilungen meines Hauses vorgenommene
grosse Preisabbau

Beispielsweise! Deutsche Teppiche

Größe ca. 130-200	M. 167,50
" 140-230	" 207,50
" 195-300	" 325,-
in buntpersischen Mustern.	
Größe ca. 160-235	M. 287,50
" 190-300	" 435,-
" 240-340	" 675,-

Eine große Anzahl mit Teppiche Fehlern!

Möbelstoffe, Gardinen, Leinwandstoffe, Tisch- und Diwanddecken, Tüllbestecken, Steppdecken, Treppenteppiche.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berl. S.-O. Seit 1882
nur
Oranienstr. 150.
Keine Filialen!!

Die Theater- und Vergnügungs-Anzeigen befinden sich heute auf der 4. Seite der ersten Beilage

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

A. Losowski

Amsterdam - Moskau - London

26 Seiten. Preis 1.- M.

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Soeben erschienen: Handbuch für Betriebsräte

Von Rudolf Wedi, Arbeitersekretär
10.- Mark, gebunden 15.- Mark
für Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen
(im Buchhandel 15.- Mark, gebunden 20.- Mark)
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Seitenhändler

decken ihren **Bedarf** zu konkurrenzlos billigen Preisen
Lothringer Str. 38
Seifen-Engros
Sonntag b. 10 u. 12 Uhr

Bandwurm

mit Kopf verloren!
„Seit 7 Jahren an Bandwurm leidend u. nun schon 4 Mittel erfolglos gebraucht, probierte ich jetzt Ihr Mittel u. habe nach 1 1/2 Stunden den Bandwurm mit Kopf verloren.“ So wurden bereits Tausende d. Reichel's Bandwurmmittel Medizin befreit!
10.-, für Kinder 5.- (Kleinstengabe)
Otto Reichel, Berlin 48,
E.O., Eisenbahnstr. 4.

Raucherbank!

Das sicherste Mittel, das Raucher ganz od. teilweise einzusparen. Wirkung beweisend. Auskunft umsonst
Verz. Sas. Artikel Gg. Espeibrand
München R. 21, Kapuzinerstr. 9.
Glühlampen
Halbwattlampen und sonst. Electro-Zustell-Material
Schröder, Bernauer Str. 101,
Friedrichshagen, III.

Nerven

Jed. Nervenzleidende lese d. Broschüre „Die Bekämpfung der Gemüts- und Nerven-Leiden“, w. Nervosit., Schwermut., Angstgefühl, Schlaflosigkeit, Schwindelanfälle, nerv. Kopfschmerz, Gehirnschw., Epilepsie.
Org. Eins. v. 60 Pf., Briefm. fr. d. Apoth. Bismarckstr. 47, Berlin SW 68, Abt. 22.

Kupfer

Messing, Zinn, Quecksilber, Platin, Gold, Silber

Händlern Extrapreise!

Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Pelz-Haus

abuco

Leipziger Straße 58

Zahlungs-Erleichterung

Kupfer, Messing

Wick, Stah u. m.

Geben, jeden Kosten.

Metallhandlg. Bankstr. 13

Nähe Bahnhöfe.

25 Prozent Rabatt auf leicht beschädigte Bücher und Profisachen. Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!

Gültig nur für die Pfingstwoche! 8 große Ausnahme-Angebote!

Auf Ständern zum Ausschauen

5 Serien Strickjacken Fantasie in vielen Farbe	40, 78, 125	Kunstseide 161	Wolle 189
2 Ständer		imprägnierte	
Seidenglanz Popelinmäntel	178, 240	Seidenmäntel	240, 395
Covercoatmäntel	Prachtstoffe 195, 289	Fakne Tuchmäntel	345, 471
Mantelkleider Original-Mode	650,-	Ein Preis	
Fesche Kostüme	240, 485		
Gummimäntel	310, 435	Gummimäntel	335, 490
Röcke	44, 69, 87	Seiden Röcke	95, 126, 189
Extra Angebote! Kaum glaublich! Jetzt:			
Peizmäntel	2200 la Q. alltä. 3500,	Plüschmäntel	650
Asirachmäntel	300, 450,	Krimmermäntel	775, 950

Stiefelkönig

Pfingst-Angebot

Damen-Leinenschuh
schwarz, z. Schmiere, hübsche kurze Form el g., harte Abs.

59⁵⁰

Mädchen-Segeltuch-Stiefel
schwarz, guter Strapazierstoff el. 27/30, mit kräftigen Ledersohlen

36⁹⁰

Herren-Stiefel
Rindbox, rasche, amerikanische Form, alles Leder ausführung...

99

Braune Herrenstiefel
rahmengenäht, eleg. amerikanische Form

259⁹⁰

36⁹⁰

FRIEDRICHSTR. 131 S. A. D. KARLSTR. 153

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin N O, Gr. Frankfurter Str. 115

Ärztliches Gewissen

Von Dr. Julius Moser

Ganz merkwürdig! In dem Augenblick, wo sich innerhalb der Arbeiterschaft, unter der Rot der Zeit, der Unwille gegen den bisherigen Gebärzwang zu entladen droht, tritt auf einmal das „ärztliche Gewissen“ auf den Plan.

Die Ärzte, die „berufenen Führer auf dem Wege zur Volksgesundheit“, haben sich mit allem, was bei uns reaktionär, pietistisch, pfäfflich und miederlich gesinnt ist, verbündet, um Sturm zu laufen gegen unseren Antrag auf Aufhebung der Abtreibungsparagraphen.

Es liegt mir fern, noch einmal zu wiederholen, was hier schon so oft ausgesprochen worden ist, daß es sich in diesem Kampf nicht um eine Frage der Sittlichkeit oder Unsittlichkeit handelt, sondern um eine Frage der bitteren sozialen Notwendigkeit. Aber die Herrschaften, die jetzt wieder so tapfer schmähen können, hüten sich wohl, dieses heikle Gebiet zu betreten. Nach alter Gewohnheit drücken sie sich um den Kern der Sache, um die Wahrheit, herum und spielen die ganze Frage auf ein Gebiet hinüber, auf welches sie zwar nicht gehört, das aber den Männlein und Weiblein jener Couleur die erwünschte Gelegenheit bietet, in der Pose der Tugendboldenhaftigkeit sich zu zeigen. Mit diesen Leuten läßt sich natürlich nicht von Vernunft reden.

Und wieder verlagert in diesem Kampf der Ärztestand als solcher. Sie und da läßt sich wohl auch die Stimme eines einzelnen im zustimmenden oder wenigstens nicht gänzlich ablehnenden Sinne vernehmen. Aber der Stand als solcher, die Ärzteschaft im ganzen, verlagert auch hier, wie sie so oft verlagert hat, wenn es sich um Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung handelt. Damit zeigt die Ärzteschaft als solche wieder einmal, daß sie weit entfernt ist von sozialem Verständnis und gesellschaftlich den Grundursachen der gesundheitlichen Verelendung unseres Volkes sich verschließt. Die Ärzteschaft als solche, wenige Ausnahmen abgerechnet, geht Hand in Hand mit jenen oben erwähnten Elementen des Rückschritts und der geistigen Beschränktheit, macht sich deren Schlagworte zu eigen, operiert auch an ihrem Teile mit jenen Tonnenladungen moralisierender Entrüstung. Das Brandgut, das sie so verzapft, nennt sie alsdann: Ärztliches Gewissen, ärztliche Ethik.

Ärztliches Gewissen! Ärztliche Ethik! Ja, lebt denn das arme Ding immer noch? Nach der Behandlung bzw. Mißhandlung, die gerade die ärztliche Ethik während des Krieges und nach dem Kriege von seinen Erzeugern und Nährvätern erfahren hat, muß es billig wunder nehmen, daß das arme Geschöpf noch immer nicht eines jähen Todes verbliden ist.

Dezennien hindurch vor dem Kriege hat die berüchtigte Wirtschaftspolitik der Agrarier durch Verteuerung der unentbehrlichen Nahrungsmittel auf das schwerste sich am deutschen Volk und in erster Reihe natürlich an dem ärmsten Teile desselben veründigt. Als naturnotwendige Folge dieser mörderischen Politik sind in den Jahren 1871—1912 sechzehn Millionen Kinder vor Ablauf des ersten Lebensjahres wieder in die Grube gesunken. In der Hauptsache natürlich die Kinder des Proletariats. Hat man in all diesen Jahren jemals davon gehört, daß sich das ärztliche Gewissen gemeldet hätte, daß die Ärzteschaft als solche im Namen der ärztlichen Ethik wie ein Mann sich erhoben hätte gegen diese Politik skrupelloser, mörderischer Kaffgier? Die Tuberkulose war schon vor dem Kriege die Krankheit des Proletariats schlechthin. Daß die Grundursache dieser Seuche genau so wie die ungeheure Kindersterblichkeit bei dem Proletariat in den oben erwähnten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sind, wußte natürlich dem Arzt genau so bekannt sein wie dem Laien. Aber da hat sich keine Hand gerührt, kein Protest aus ärztlichen Vertretungen hat sich jemals heroorgewagt, um dem ärztlichen Gewissen Luft zu machen, um der ärztlichen Ethik Genüge zu tun.

So äußerte sich ärztliches Gewissen, ärztliche Ethik vor dem Kriege. Und während des Krieges? Was da von einem Teil der Ärzteschaft gesündigt wurde, das könnte Bände füllen. Bei der Aushebung fühlte sich ein großer Teil der Ärzte als

nichts weiter als die gefügigen Werkzeuge höherer Injanzen. Ein Wind von oben genügte, und die Reigen des Schlachtviehs füllten sich wieder, die Blinden wurden wieder sehend, und die Lahmen konnten wieder gehen. Ärztliches Gewissen und ärztliche Ethik verkrüppelten gehorsam, wenn ein höherer Befehl es so forderte. Kein ärztliches Gewissen, keine Standesehre, keine ärztliche Ethik fanden hindernd im Wege, als man während des Krieges die Dessenlichkeit belog und betrog, die Tatsachen fälschte, die Wahrheit umbog, damit nur ja das Volk nicht erfahre, wie man mit seinem Leben ein verbrecherisches Spiel irtet, damit nur ja der Wille zum „Durchhalten“ im Volk gestärkt wurde.

Und nach dem Kriege? Wo ist die Bereitschaft, auf der Seite der Bedrückten zu stehen und ihnen zu helfen? Der Nahrungsmangel, das Wohnungsseind mit allen ihren daraus resultierenden Erscheinungen wüten von Tag zu Tag katastrophaler. Und jetzt in dem Kampf gegen die Abtreibungsparagraphen? Daß nicht Hang zum Leichtsinne, frivole Genüßsucht beim Proletariat das ausschlaggebende Moment sind für die Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiterschaft, könnten jene ärztlichen Kreise auch wohl wissen. Aber statt dessen verlästern und denunzieren sie, wo die nackte Not, die bare Verzweiflung zum Himmel schreit. Die Ärzteschaft gibt sich dazu her, der Mudelei und Pfafferei hilfsreiche Hand zu bieten, damit der alte Zustand verlogenen Scheins und heuchlerischen Verschleiens erhalten bleibt. Die moralisierende Salbaderei mag bei Mädem und Pfaffen zum Handwerk gehören. Dem Arzt steht sie übel an. Hier liegt nackte Not, bare Verzweiflung vor. Das ist der einzige Standpunkt, den der Arzt solchen Verhältnissen gegenüber einzunehmen hat. Mit Moralischkeit man den Säuglingen keine Milch, mit religiösen Phrasen Kindern und Erwachsenen kein Brot. Einen anderen Standpunkt in der Beurteilung dieser Frage kann und darf es für den Arzt nicht geben. Oder sollte es den Ärzten wirklich Ernst damit sein, daß diese Zustände bis in alle Ewigkeit erhalten bleiben?

Soll es wirklich sein Bewenden haben bei dem Zwang, Kinder in die Welt zu setzen, die entweder frühzeitig in die Grube sinken oder herangewachsen als krankes koches Geschlecht das Unglück sortpflanzten, sich und anderen zur Last sind, die Krankenhäuser, die Irrenhäuser, die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen? Ist es nicht besser, daß solche Geschöpfe gar nicht erst geboren werden? Moralische Bedenken dorthin, wohin sie gehören! Soziales Verständnis und nur solches wird verlangt! Und Mittel mit den Unglücklichen, die sich heute nicht anders zu helfen wissen, als mit den Mitteln, die das Geschick verpönt und hart bestraft! Und Hilfe, wenn es sein muß, durch Sachverständige, damit nicht fernherhin der heutige Zustand fortbestehen bleibt, wo unfundige, wenn nicht gar verbrecherische Hand das zu tun sich vermischt, wozu die Kunst des Sachverständigen gehört! Hier wäre ein weites Feld für das ärztliche Gewissen und die ärztliche Ethik!

Einnationalistischer Wahrheitskündler

Nichts ist so dumm, es findet doch ein Publikum. Das gilt auch von einer Rede, die der Oberstleutnant v. Stülpnagel in Berlin vor dem Saarverein über „Lügen über die deutschen Kriegsverstärkungen“ gehalten hat. Nach der Methode der 93 Univeritätsprofessoren, die sich mit ihrer Kundgebung „Es ist nicht wahr“, zu Kriegsbeginn unsterblich blamiert haben, laut dieser Oberstleutnant jene Professorenunwahrheit nach. Die Räuereien in Belgien, die Zerstörungen in Dinant, Löwen, die Nordbrennerie in Frankreich, die Vernichtung der Bergwerke, die Ausplünderung der Fabriken und was sonst noch auf das Konto des deutschen Militarismus und der Kriegführung kommt — alles das ist nach Stülpnagel einfach nicht war. Zwar kennt die ganze Welt das Gegenteil, aber Oberstleutnant v. Stülpnagel behauptet lähnen, ja, er liefert sogar „an der Hand zahlreicher Lichtbilder, Filmaufnahmen und französischer Pressestimmen“ den Nachweis, „daß die den Deutschen zur Last gelegten Zerstörungen in Frankreich fast ausschließlich zu Lasten des alliierten Artilleriefeuers zu verbuchen sind.“

Zum Valutaproblem

Von Bruno Ach

Zu den wichtigsten Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die alle Länder mehr oder minder stark ergriffen hat, gehört die Störung des internationalen Zahlungsverkehrs, die in der Senkung sowie den Schwankungen der Wechselkurse beziehungsweise ihrer mäßigen Erhöhung einen deutlichen Ausdruck findet.

Die Ausfuhr und Einfuhr der meisten Staaten steht nicht mehr in einem derartigen Verhältnis, daß mit den ausgeführten Warenmengen die eingeführten Produkte bezahlt werden können, oder sie zeigt bei den durch den Krieg zu Weltkriessorten gewordenen Völkern ein gewaltiges Plus des Exports über den Import und zieht dementsprechend die Zahlungsmittel weiter Gebiete in einem kaum übersehbaren Ausmaß an. Das Gefüge des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs, das die kapitalistische Gesellschaft in den Jahrzehnten vor Kriegsausbruch ständig auszugestaltete bestrebt war, ist gestört, der Mechanismus der Wirtschaft in entscheidenden Funktionen gehemmt. Der Warenabsatz sämtlicher Länder und fast aller Industrien hat eine Periode schwerster Störungen durchzumachen, obgleich Millionen Menschen insbesondere in den vom Kriege heimgeführten Gebieten unter einem entsetzlichen Mangel an den notwendigsten Gebrauchsgegenständen leiden und sich in Verzweiflung und Qual gegen diesen wahnwitzigen Zustand empören.

Es liegt auf der Hand, daß die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Weltmarkt nicht nur eine Gefahr für die verarmten Völker sind, denen einerseits die Möglichkeit einer ausreichenden Wareneinfuhr genommen ist und die andererseits, um ihre Ausfuhr zu steigern, zu einer Verschleuderung ihrer Arbeitserzeugnisse gezwungen sind, sondern daß auch die wirtschaftlich starken Nationen von einer derartigen Entwicklung auf das ernsteste bedroht werden, weil ihr Produktionsapparat bei der mangelnden Kaufkraft großer Absatzgebiete nicht annähernd volle Beschäftigung finden kann und das Gespenst dauernder Arbeitslosigkeit und Einschränkung der Gütererzeugung umgeben muß. Es ist ohne weiteres klar, daß die fortschrittliche Arbeitsteilung, die international gegeben ist, sowie die gesamte Gestaltung der modernen Industriegesellschaft die Abhängigkeit aller Produktionsgebiete der Welt zu einer Tatsache gemacht hat, die sich immer wieder gegen alle Bestrebungen der Schaffung einer abgeschlossenen nationalen Wirtschaft durchsetzen muß, weil es ein vergebliches Bemühen bleibt, gegen ökonomische Entwicklungstendenzen, die im Wesen der bestehenden Wirtschaftsordnung liegen, anzutreten.

Theoretisch ist die Erkenntnis von der Unmöglichkeit eines dauernden Wohlstandes einiger Länder bei gleichzeitiger Verarmung und Zerrüttung anderer wichtiger Wirtschaftsgelände weit verbreitet, und in zahllosen Aufsätzen, Reden und Konferenzen wird mehr oder minder eindringlich darauf hingewiesen. Es zeigt sich aber, daß der Weg von dieser Einsicht bis zur Durchführung praktischer Maßnahmen sehr weit ist, denn die kapitalistische Gesellschaft wird damit vor ein Problem gestellt, dessen Lösung sie mit einer absoluten Hilflosigkeit gegenüberstehen muß. Eine Gesellschaft, die ausschließlich von einer sich kreuzenden Fülle privatwirtschaftlicher Wissensäußerungen beherrscht wird und in der alle volkswirtschaftlichen Fragen unter dem Gesichtspunkte des einzelnen Kapitalisten, Unternehmers oder im besten Falle einer Wirtschaftsgruppe oder Klasse betrachtet werden, kann keinen Ausweg aus einer Lage finden, die eine gemeinwirtschaftliche Betrachtung und Regelung gebieterisch fordert.

National und international finden wir die gleiche Tendenz, mit aller Energie an den nächsten Vorteilen und Profiten festzuhalten und einer auf lange Sicht eingestellten, die Interessen der Gesamtheit während der Gestaltung, zu widerstreben. Vom Standpunkt des einzelnen Unterneh-

Wappstraße
BERLIN C * KÖNIGSTRASSE * SPANDAUERSTRASSE

Sommer-Katalog kostenfrei

Korsette
Korsett model. Nessel 26.-
Hüfhalter weiß Hemdentuch mit 1 P. Gummihalter 31.50
Korsett weiß Hemdentuch m. 1 P. Gummihalt. 35.-
Korsett aus weißem Dreil. waschbar 55.-
Hüfhalter modifarbig, Körper mit 1 P. Gummihalter 68.-

Weißer Schuhe
zum Schnüren oder mit Spange Größe 36-42... 53.-

Handschuhe
Damen-Handschuhe Leinen-Ersatz, weiß, mit 2 Druckknöpfen... 8.75
Damen-Handschuhe Leinen-Ersatz, farbig, schwarz, mit 2 Druckknöpfen... 12.75
Herren-Handschuhe Leinen-Ersatz, farbig... 12.75
Kunstseidenes Zipfel-Mütze 8.50

Regenschirm
solide Halbovide, f. Damen und Herren 68.-

Damenkleidung
Rock aus vorzüglichem weißen Frotte... 79.-
Rock a. vorzügl. weißem Frotte, m. röm. Streifen... 125.-
Rock aus reinwollenem Cheviot, marine, schwarz... 98.-
Kleid a. bedruckt. Voile mit Weste a. Glasbatist... 195.-
Mantel vorzüglicher imprägniert. Covertcoat... 295.-

Weißwaren
Moderner Faltenkragen Batist mit Hohlraum... 8.90
Eleganter Faltenkragen Opal mit breiter Filetpitze... 16.50
Schillerkragen... 7.25
Kunstseidenes Band 4cm Mtr. 4.- 7 1/2 cm Mtr. 5.90
Chinband 7 cm Mtr. 19.50

Kleiderleinen
in neuesten Farben, 120 cm breit, Mtr. 39.-

Herrenkleidung
Bosener-Mäntel aus gutem Strichloden... 240.- 325.-
Gummi-Mäntel hohle Ausführung... 450.- 575.-
Sport-Sakko, blau reine Wolle zweireihig... 490.-
Sport-Beinkleider hellfarbig, vorzügl. Stoff... 198.-
aus weißem Waschatoff 126.-

Herrenwäsche
Farbiges Oberhemd Perkal m. Klappmansch 72.-
Zephir-Oberhemd gestreift, Klappmansch 85.-
Sportkragen weiß Pikee 4.75
Herrenhut Haarfilz 48.-
Strohhut Matelot... 28.-
Striekkrawatten Kunstseide... 12.50

Lederwaren
Geldscheintasche mit Moiréfutter... 9.50
Besuchtasche... 26.50
Damentasche mit bezogenem Biegel... 46.-
Isolierflasche 1/2 l. mit Aluminiumbecher... 14.75
Kupee-Koffer Hartpappe 50 55 60 65 cm 53.- 57.- 63.- 69.-

Wirkwaren
Damen-Strümpfe Mako Baumw., schwarz 7.75
Feine Baumwolle in allen modern. Farben 13.75
Schweiß-Socken grau 5.75
Damen-Schlupfbeinkleider fein gerippt schwarz, weiß, farbig... 32.50
Herren-Oberhemden trakt mit gestreitem Einsatz u. dazu passend. Kragen 69.-

Kunstseidener Trikotstoff
für Blusen und Kleider, in modern. Farben, 170 cm breit... Mtr. 135.-

Rucksäcke
foretgrün, imprägn., mit Lederträgern u. Außentasche 25.50 44.50 72.50

mers oder einer bestimmten Industrie ist dieser Widerstand durchaus verständlich, denn für sie gibt es kein anderes Leitmotiv des Handelns als die Rentabilität ihrer Unternehmung, die möglichst hohe Verzinsung des investierten Kapitals, die sie entweder mit Hilfe eines scharfen Konkurrenzkampfes, oder — was in diesem Stadium der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung immer stärker in den Vordergrund tritt — auf dem Wege der Trust- und Syndikatpolitik zu erreichen streben. Es ist deshalb eine Verkennung der Grundlagen dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wenn in einer Reihe bürgerlicher Zeitungen die Wunden bloßgelegt werden, welche diese rücksichtslose Profitpolitik der Gesamtheit schlägt, und alsdann an die Einsicht und den guten Willen des Unternehmers appelliert wird. Wir wissen, daß von diesem „guten Willen“ nichts erwartet werden kann, was wirklich an die Wurzeln des Übels greift und daß einzig und allein die Umgestaltung der bestehenden kapitalistischen Ordnung und die Verwirklichung der sozialistischen Bedarfswirtschaft die Grundlage eines besseren Zustandes abzugeben vermögen.

II.

In allen Ländern zeigen sich die Einwirkungen der dauernden und oft beträchtlichen Schwankungen der Wechselkurse. Das gesamte geschäftliche Leben wird von dem Stande und der Entwicklung der Valuta (Währung) in wesentlichem Umfang berührt. Jede kaufmännische Disposition wird durch sie erschwert und zu einer börsenmäßigen Spekulation gemacht. Ungewöhnlichen Gewinnen, die ohne die Mitwirkung der aus ihnen Nutzen ziehenden Kreise oft in wenigen Tagen auf Grund einer Veränderung der Valuta gezogen werden, steht ein außerordentlich erhöhtes Risiko gegenüber. Das Auf und Ab der Kurse beeinflusst den Stand aller Warenpreise und ruft das einmal wiederholte Stimmungen anstehender Konjunktur und ebenso plötzlich wieder schwere Störungen und Depressionen hervor.

Die umfassende Senkung der Warennotierungen am Weltmarkt, die an der New Yorker Börse Abschlüsse bis zu zwei Dritteln des höchsten Standes 1920 ergeben hat, ist zum Beispiel in Deutschland nicht annähernd in Erscheinung getreten, weil in dem gleichen Zeitraum — Sommer 1920 bis Frühjahr 1921 — der Kurs der Reichsmark erheblich gefallen ist. Während im Sommer 1920 für einen nordamerikanischen Dollar etwa 38—40 Mark gezahlt wurden, steht der Preis gegenwärtig auf etwa 62 Mark. Steigt der Kurs der Mark, so verbilligt sich die Einfuhr, auf der anderen Seite aber bringt diese Steigerung sofort eine Erschwerung der Warenausfuhr, Aufstragssteigerungen des Auslandes und verminderte Konkurrenzfähigkeit auf den fremden Märkten. Jeder Kurssturz aber bedeutet weitere Verteuerung und Erschwerung des Bezuges ausländischer Waren und gewöhnlich eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten durch das Anziehen aller, auch der nicht direkt durch die Valutagesaltung betroffenen Güter.

Solange die dauernde Unruhe der Wechselkurse vorhanden ist, muß das gesamte Wirtschaftsleben durch diesen wichtigen Faktor gleichfalls in ständiger Benunruhigung gehalten werden, aus der nur eine Reihe glücklicher Spekulanter Nutzen zu ziehen vermag, unter der aber die Masse der Bevölkerung empfindlich leidet. Wie die Verhältnisse liegen, trifft jede Veränderung der Valuta in erster Linie die arbeitende Klasse. Auf ihre Schultern werden die Preissteigerungen mit einem mehr oder minder großen Aufschlag abgewälzt, ohne daß die Lohnneinommen auch nur im entferntesten Schritt halten. Sie trägt die schweren Lasten der Depressionsperioden in Gestalt von Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit.

Es ist also ein wesentliches Interesse der Proletarier aller Länder, daß dieser dauernden Schwankung der Valuta wirksame Maßnahmen entgegengesetzt werden und diese eine Ursache der Krisen und Erschütterungen mit allen Kräften bekämpft wird. Die Erkenntnis der Bedeutung des Valutaproblems und der dringenden Notwendigkeit einer Lösung zeigt sich in dem ungemindertem Interesse, das die Arbeiterklasse dieser Frage entgegenbringt, und den zahlreichen Versuchen, die von den nationalen und internationalen Organisationen der Arbeiter unternommen worden sind, um aktiv an der Regelung mitzuarbeiten.

Es ist ohne weiteres klar, daß eine derartige Lösung keinesfalls national erfolgen kann. Sie ist nur denkbar im Rahmen einer zwischenstaatlichen Aktion, bei der die wirtschaftlich stärkeren Nationen ihre aufbauenden Kräfte den durch den Krieg in ihrer ökonomischen Entwicklung zurückgeworfenen und verschuldeten Völkern in großem Umfang zur Verfügung stellen. Die Passivität der Handelsbilanz der meisten europäischen Völker gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika; die den Kurs des Dollar fast überall weit über den Friedensstand hinausgetrieben hat, läßt sich erst in einem längeren Zeitraum überwinden. Auch zwischen den einzelnen europäischen Staaten haben die hohen Wechselkurse Grenzen gezogen, die sicherer den Warenaustausch hindern als die beste militärische Blockade, und es ist notwendig, daß auch zwischen ihnen ein Weg gefunden wird, auf dem die wirtschaftlich stärkeren den verarmten Völkern helfen. Die Fähigkeit der reicheren Länder, langfristige Kredite zu geben, um die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens der am Kriege unmittelbar beteiligten Völker zu ermöglichen, muß voll verfügbar gemacht werden. Reineswegs nur im Interesse der jetzt besonders notleidenden Nationen, sondern in Wirklichkeit auch ebenso sehr im Interesse der kreditgebenden Staaten, deren Wohlergehen und weitere Entwicklung untrennbar mit der Erholung des europäischen Kontinents verknüpft ist. Den Proletariern aller Länder gibt die sich ausbreitende Krise, die seit Jahresfrist eingetreten ist, einen Anschauungsunterricht über die Gemeinsamkeit der Interessen und die Unmöglichkeit einer wirtschaftlichen Prosperität auf dem Rücken eines ökonomisch zerrütteten Mittel- oder Osteuropa.

III.

Jede Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands aber ist nicht nur abhängig von der Wiederherstellung einer stabilen Valuta, sondern auch von der Ordnung der innerdeutschen Finanzwirtschaft, deren Gestaltung neben der Entwicklung der Handelsbilanz auf die Wechselkurse einwirkt. Seit der Aufhebung des Einlösungszwanges der Banknoten durch die Reichsbank, d. h. seit der Beseitigung der Goldwährung und der Einführung der Papiergeldwirtschaft hat eine ständige Inanspruchnahme der Notenpresse für die Erfordernisse der Staatswirtschaft stattgefunden. Während der Produktionsapparat sich in zahlreichen Industrien verringerte, die Menge an Rohmaterialien und Gebrauchsgütern eine ständige Minderung erfuhr, wurden ununterbrochen neue Geldzeichen als zusätzliche Kaufkraft in den Verkehr gedrückt. Der Staat, der seine gewaltig sich mehrenden Ausgaben nicht auf dem Wege der Sauerstoffabgabe und höchst

Heranziehung der Vermögen und Einkommen finanzierten wollte, schritt zu der verhängnisvollen Maßnahme, seinen Verpflichtungen zum großen Teil mit Hilfe des Reichsbankkredits zu genügen. Jede Ausgabe neuer Banknoten, die zur Bezahlung der Lieferantenrechnungen, der Beamten und des Heeres verwandt wurden, führte zu der selbstverständlichen Wirkung einer derartigen, nicht aus den Erfordernissen der Warenzirkulation hervorgehenden Aufblähung des Geldumlaufes, nämlich einer ständigen Steigerung der Preise und einer wachsenden Unterscheidung zwischen dem Werte der nach gesetzlicher Anordnung noch immer gleichwertenden Gold- und Papiermark. Wenn auch die Zwangsbewirtschaftung zahlreicher Güter und die Festsetzung von Höchstpreisen die volle Auswirkung dieses Zustandes teilweise verminderte, so zeigte sie sich desto deutlicher bei dem im Schleißhandel vertriebenen sowie den der behördlichen Regelung nicht unterworfenen Waren.

Seit dem Novemberzusammenbruch, der Periode der offenen Westgrenze und der unerschämten einseitigen Kapitalflucht und Besitzübertragung in andere Länder, die den Wert der Mark immer mehr nach unten trieb und mit der ansteigenden Preisfurde gleichzeitig zu verstärkter Ruhung der Notenpresse führte, hat diese alle Preise revolutionierende Inflation einen erschreckenden Umfang angenommen und die Kaufkraft der Mark auch im Lande auf einen Bruchteil ihres Nennwertes herabgedrückt. Von der Beseitigung dieses gegenwärtigen Zustandes der Staatswirtschaft, d. h. von der Wiederherstellung geordneter Finanzverhältnisse hängt die Sanierung der Mark in erster Linie ab. Erst wenn es gelingt, die Notenfut einzuämmern, Einnahmen und Ausgaben der öffentlich-rechtlichen Körperschaften in das Gleichgewicht zu bringen und die Notenpresse für die Finanzierung von irgendwelchen staatlichen Aufgaben strikt auszusparen, kann auch das Problem der Stabilisierung der Valuta erfolgreich bewältigt werden. Solange diese erste Notwendigkeit nicht erfüllt ist, müssen alle Versuche einer neuen Festsetzung des Geldwertes gegenstandslos bleiben, und bis dahin wird es auch unmöglich sein, die großen Beträge deutscher Mark, die im Ausland vorhanden sind und dort jederzeit zu spekulativen Valutamaneuvren genutzt werden können, in irgendeiner Form festzulegen und die Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen auf längere Zeiträume zu verteidigen.

Es ist selbstverständlich, daß die Frage der Wiederherstellung einer Uebereinstimmung zwischen Staatsausgaben und -einnahmen untrennbar verbunden ist mit der Lösung des Wiedergutmachungsproblems, und daß es deshalb von entscheidender Bedeutung für die deutsche sowie die internationale Wirtschaft sein muß, ob endlich eine Regelung gefunden wird, die nicht zu einem Erlahmen der wirtschaftlichen Kräfte, sondern zu ihrer höchsten Entfaltung führt. Die Aussichten eines sinnvollen Ausgleiches sind allerdings genau so gering wie die einer zwischenstaatlichen Regelung des Valutaproblems in der oben von mir erwähnten Art. Die unmittelbaren Interessen der Kapitalisten, die aus der verstärkten Ausbeutung der bestiegten Länder in großem Umfang überzogen erhalten wollen, triumphieren noch über die Interessen der vielen Millionen Proletarier, die aus einer derartigen Entwicklung nirgends Gewinn ziehen, sondern überall die Leidtragenden der wachsenden Zerrüttung der Weltwirtschaft sind und deren dringende Aufgabe es deshalb sein muß, sich national und international zu einer geschlossenen Kampfvereinte Macht zusammenzuschließen.

Aus der Wirtschaft

Wie die Dividenden künstlich niedergehalten werden

Die dem Köln-Rottweil-Konzern angehörenden Gesellschaften, die ihre früheren Fabrikationszweige, die hauptsächlich in der Erzeugung von Kriegsmaterial bestanden, aufgegeben und sich neben der Erzeugung von Bergwerks-Sprengstoffen, Jagdpatronen usw. jetzt der Erzeugung von Stapelfaser, Kunstseide und Seilgarnen zugewandt haben, geben jetzt ihre Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr bekannt. Auffälligerweise halten sämtliche Gesellschaften an ihren vorjährigen Dividendensätzen fest, beantragen aber allgemein eine wesentliche Kapitalerhöhung und gewähren den neuen Aktienbesitzern das Recht der Teilnahme an der Dividende des laufenden Geschäftsjahres. Die Aktien werden mit 140 bis 150 Prozent ausgegeben, während sie an der Börse zwischen 350 und 380 bewertet werden. Auf dem Umwege über die Kapitalerhöhung erhalten also die Aktionäre eine mindestens doppelt so hohe Dividende als im Vorjahr, ganz ungedehnt der zahlreichen Neuenabreibungen und Rücklagen.

So wird die öffentliche Meinung irreführt und außerdem, wohl auch nicht ganz unbeabsichtigt, dem Fiskus große Beträge als Steuer hinterzogen. Man sieht: nur die Kapitalisten sind Vaterlandsfreunde!

Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken

Der folgende uns zugehende berechnete Kalkül zeigt den ganzen Wertsinn der kapitalistischen Wirtschaftsweise: Bis heute, 2½ Jahre nach Beendigung des Krieges, haben die D. W. u. M. F. noch nicht die Fabrikation irgendeines Friedensartikels aufgenommen. Die ungeheuren und mit allen Einrichtungen modernster Technik ausgestatteten Werkstätten, welche die Ausbeutung mittlerer Städte haben, stehen fast unbenutzt da. Zehntausende von Arbeitern könnten hier lohnende Beschäftigung finden, wenn diese ungeheuren Werkstätten auf die Herstellung von Friedenserzeugnissen umgestellt worden wären, wie das bei vielen hundert anderen Betrieben mit großem Erfolg geschehen ist. Aber Herr Generaldirektor von Gontard will sich nicht mit den heute so anspruchsvollen und kreislaufenden Arbeitern ärgern. Wozu auch? Das Riesenunternehmen hat durch den Krieg derartige Berge von Reserven aufgetürmt, daß es noch viele Jahre von diesem Kriegserbe leben und jedes Jahr 10 Prozent Dividende verteilen kann, ohne daß überhaupt fabriziert zu werden braucht!

Herr von Gontard soll erklärt haben: „Wir können ja gar nicht besser dastehen, als wenn wir überhaupt nicht fabrizieren, und wir sparen uns außerdem noch den Ärger mit den undotmäßigen Arbeitern!“

Zum Schein errichtete Herr von Gontard ein Bureau zur Prüfung neuer Erfindungen; es wurden auch zum Schein einige Versuche mit neuen Friedenserzeugnissen angestellt, jedoch keine einzige von den vielen hundert Konstruktoren, die den D. W. u. M. F. angeboten wurden, fand Gnade vor den Augen des Herrn Gontard. Eine Anzahl dieser von den D. W. u. M. F. geprüften und dann abgewiesenen Konstruktionen sind inamlichen von anderen Fabriken mit großem Erfolge aufgenommen worden! Die D. W. u. M. F. wollten eben gar keine Friedensartikel aufnehmen, denn man wollte die Tausende von Arbeitern „wegen Mangels an Arbeit“ entlassen, nachdem betreffend Umstellung der Werke auf Friedensfabrikation der Schein gewahrt worden war!

Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um das Geschick gegenüber den arbeitslosen Kriegsgewinnlern zur Geltung zu bringen? Was sagt das ungeheure Heer der Arbeitslosen zu diesem kapitalistischen Schmarhersystem? Hunderttausende suchen Arbeit, und die kapitalistischen Zeitungen entzünden sich über die „Ansummen, die als Unter-

stützung an die Arbeitslosen verschwendet werden“, ihre Schwerindustriellen aber rauben aber unter den Augen der Regierung den Arbeitern das Recht auf Arbeit!

Wir wissen ein gutes Mittel, um diese vom Kriegserbe lebenden Dackel aus ihrer Kriegsgewinnlücke aufzuräumen: Alle Kriegsgewinne, welche nicht nahrungbringend für die Allgemeinheit angelegt sind, sind sofort zu konfiszieren!

Preussischer Landtag

18. Sitzung, Sonnabend, den 7. Mai

Der Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Minister des Innern Dominicus: In dem gestrigen Bericht befand sich ein Passus, wonach in Reihe ein französischer Offizier, ein französischer Kreisontrollleur und ein Pole von Eisenbahnbeamten gefangen genommen worden sind, weil sie dabei erwisch wurden, wie sie eine Eisenbahnbrücke über einen Nebenfluß der Oder erneut zu sprengen versuchten. Mir geht loben eine telegraphische Meldung des Regierungspräsidenten zu, die da lautet: Die Meldung über eine Beteiligung zweier Franzosen bei der Sprengung wird von der Eisenbahnbehörde widerwärtig. (Lolender Lärm d. d. U. S. u. d. Komm. — Abg. Schulz (Komm.) ruft: Räuger, Jubälter! — Stürmische Pfuierte rechts und in der Mitte.)

Präsident Reinert: Herr Abgeordneter Schulz, Sie haben soeben einen Ausdruck gebraucht, der so tief steht, daß ich sagen muß: Es geschieht dem Ausdruck zu viel Ehre, wenn ich ihn mit einem Ordnungsruf belege. (Lebhafte Beifall. — Neuer Lärm und Gelächter d. d. Komm.) Präsident Reinert (fortfahrend): Ich bitte Sie, sich doch hier zu benehmen, wie es unter gebildeten Menschen üblich ist.

Minister Dominicus (fortfahrend): Der Verhaftete ist inzwischen freigelassen worden. Es ist für mich ein selbstverständliches Gebot der Loyalität, diesen Irrtum hier alsbald vor aller Öffentlichkeit zu berichtigen. Die Mitteilung beruht auf einer amtlichen Meldung. (Zuruf: Es wird amtlich gelogen wie 1914.) Die Staatsregierung konnte nicht laoler handeln, als daß sie hier eine Meldung, die sich bedauerlicherweise als Irrtum erwies... (Zuruf links: Bedauerlicherweise! Erneuter Lärm!) Daß die Meldung schließlich unrichtig abgeben ist, muß ich durchaus bestreiten. (Zuruf: Das haben Sie immer getan! — Was geschieht mit dem Regierungspräsidenten, der gelogen hat?) Die Zustände in Oberschlesien sind nach wie vor ernst. Die Meldungen über den freiwilligen Eintritt in die Apo haben erfreulicherweise einen solchen Umfang angenommen, daß die von der Entente kommission angelaufene Höchstzahl dieser Freiwilligen bereits überschritten worden ist. (Lebhafte Bravorufe! — Unruhe d. d. Kommunisten.) Gegenstand besonderer Beachtung bildet die Nachricht aus den ober-schlesischen Städten über eine beginnende Lebensmittelnot. Es besteht die Gefahr einer großen Lebensmittelknappheit mit anschließenden Veränderungen. Die Staatsregierung hat sich mit dem Reichskommissar für Ernährung und Landwirtschaft in Verbindung gesetzt und vereinbart, daß es im Einverständnis mit der Internationalen Kommission die notwendigen Lebensmitteltransporte nach Oberschlesien hinleite.

Abg. Meyer-Ostpreußen (Komm.) stellt den Antrag auf Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Schölich (Soz.): Es ist außerordentlich bedauerlich, daß man auf der äußersten Linken selbst bei dieser ersten Frage der Parteistandpunkt nicht zurückstellen vermag. Ich fühle mich eins mit allen Deutschschlesien (!!!) wenn ich das Bornehen der Kommunisten zurückweise. Ein Mann, der von Oberschlesien keine Ahnung hat, brachte dieses Land zu verraten und zu verkaufen. In Uebereinstimmung mit allen, die es ehrlich mit Oberschlesien meinen, protestiere ich gegen diese unerbörte Art der Behauptung.

Hierauf wird Schluß der Aussprache beantragt. Der Antrag wird von allen Parteien gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Als das Haus in die Tagesordnung eintreten und den Antrag Dr. Porsch (Ztr.) über die Dienstaufsichtsbildung bei Generalsuperintendenten beraten will, verhindern die Kommunisten durch fortgesetzte Zwischenrufe die Weiterverhandlung. Schließlich verläßt Präsident Reinert die Sitzung.

Zweite Sitzung

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) zur Geschäftsordnung: Wir beantragen die Besprechung der Regierungserklärung über Oberschlesien als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und sind dazu gezwungen durch das Verhalten besonders derjenigen Partei, die im Belieben gegen eine Aussprache war, dann aber die Gelegenheit benutzte, um selbst als Einigkeit das Wort zu ergreifen. Die Besprechung ist deshalb notwendig weil die Sipo... (Präsident Reinert unterbricht den Redner und macht ihn darauf aufmerksam, daß er nicht zur Sache sprechen darf.) Ich betone die Dringlichkeit der Besprechung der ober-schlesischen Verhältnisse.

Abg. Meyer-Berlin (U. Soz.): Auch wir beantragen Besprechung der Erklärung. Sinaal, weil sich das Parlament in dieser wichtigen Frage nicht selbst auszusprechen darf, dann abt auch, weil durch die Beibehaltung der bisher geübten Praxis schließlich jede Besprechung einer Regierungserklärung illusorisch gemacht wird.

Präsident Reinert: Nach der Geschäftsordnung kann eine Änderung der Tagesordnung nur vorgenommen werden, wenn kein Abgeordneter widerspricht. (Zahlreiche bürgerliche und auch rechtssozialistische Abgeordnete erheben Widerspruch.)

Abg. Klost (Ztr.): Die ersten Verhältnisse und die Schwierigkeiten der Lage verbieten es, jetzt in eine Besprechung (die übrigen Worte gehen in dem tosenden Lärm der Kommunisten unter.)

Präsident Reinert: Wir kommen somit zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, Beratung des Antrages Dr. Porsch. (Die weiteren Worte gehen in dem Geschrei der Kommunisten unter die fortgesetzte rufen: Oberschlesien! Sie Schieber! Für die Waffen geht Ihr Oberschlesien hin!) Es gelangt dem Präsidenten Reinert nicht, die Ruhe im Hause wieder herzustellen. Der Lärm auf der äußersten Linken wird schließlich so groß, daß die Sitzung wiederum abgebrochen werden muß und die Abgeordneten den Saal verlassen.

Dritte Sitzung

Präsident Reinert eröffnet die Sitzung 3.55 Uhr und schlägt den Saal vor, sich zu versetzen und die nächste Sitzung am Montag 1 Uhr, mit der Tagesordnung fortzusetzen: Weltliche Schulen Wohnungsnot, Kommunalabgabengesez.

Abg. Kay (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung am Montag auf die Tagesordnung zu setzen den mündlichen Bericht des Rechtsausschusses über die kommunistischen Entwürfe betreffs Ausnahmezustand in Ostpreußen, Ausnahmegerichte, über den sozialdemokratischen Antrag betreffend die Stellung der Jugendlichen vor den Sondergerichten, die kommunistischen Entwürfe betreffend Entschädigung der kommunistischen Zeitungen und der Bestattungskosten für Sold.

Abg. Schulz-Neußeln (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung als ersten Punkt auf die Tagesordnung der Montagsitzung zu setzen: Die Vorgänge in Oberschlesien.

Der kommunistische Antrag betreffs Oberschlesien wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Der kommunistische Antrag betreffs des mündlichen Berichtes des Rechtsausschusses wird gegen die drei sozialistischen Parteien abgelehnt. — Es bleibt also beim Vorschlage des Präsidenten.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufschul
5 Jahre schriftliche Garantie, Zahnziehen mit Reibung bei Bestellung von Gelassen gratis. Kronen v. 30 Mk. ab
Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxurkarrels.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 4

Billige Pfingst Angebote



Damen-Bekleidung

Voile-Bluse	aus prima Voll-Voile, mit rundem Ausschnitt und bunter Kurbel	38 ⁰⁰	Kostüm-Rock	schwarz-weiß kariert, nur neueste Formen	39 ⁵⁰
Jabot-Bluse	weiß, Voile, mit verschiedenfarbiger Garnierung, entzückende Modart	69 ⁵⁰	Kostüm-Rock	aus dunklen Wollstoffen kariert oder einfarbig, verschiedene Modarten	39 ⁵⁰
Hemd-Bluse	prima Opal-Stoff mit Herren-Manschetten und Perlmutterknöpfen	89 ⁰⁰	Musselin-Kleid	In entzückenden hellen oder dunklen Mustern, verschied. moderne Farben	89 ⁰⁰
Strickjacke	gestreift, in vielen modernen Farben, feine Form	198 ⁰⁰	Trikot-Kleid	viele helle oder dunkle Farben, mit Kurbelstickerei, farb. Krägen u. Manschetten	275 ⁰⁰
Voile-Kleider	prima Voll-Voile weiß o. farbig Serie I	89 ⁵⁰			
			Serie II	98 ⁵⁰	
			Serie III	118 ⁰⁰	
			Serie IV	138 ⁰⁰	

Schuhwaren

Schwarze Halbschuhe	für Damen, mit Lackkappen und hohem Absatz	95 ⁰⁰	Schwarze Stiefel	für Damen, gutes Fabrikat, kurze Form, hoher Absatz, teilw. mit Lackkappen	125 ⁰⁰
Braune Halbschuhe	für Damen, Derbyschnitt, mod. Form mit hohem Absatz	149 ⁰⁰	Braune Stiefel	für Damen, echt Chevreux, elegante Form, besonders billig	255 ⁰⁰
Braune Halbschuhe	f. Damen, echt Chevreux, Derby- oder Blattschnitt, elegante Form	195 ⁰⁰	Braune Stiefel	für Herren, Ross-Chevreux, vorzügliche Qualität, bequeme Form	198 ⁵⁰

Strumpf- und Wirkwaren

Damen-Strümpfe	schwarz oder weiß, lang	6 ⁹⁵	8 ⁹⁵	Herren-Socken	graumeliert, Fuß ohne Naht	5 ⁹⁵	8 ⁹⁵
Damen-Strümpfe	Musseline, schwarz mit breitem Doppelrand	12 ⁹⁵	14 ⁹⁵	Schlupfbeckkleider für Damen	farbig	19 ⁷⁵	29 ⁷⁵
Damen-Strümpfe	Flor-Musseline, seidenartig, schwarz	16 ⁹⁵		Hemdhosens	für Damen, weiß, fein gestrickt mit Uberschlag	29 ⁷⁵	39 ⁷⁵
Damen-Strümpfe	Schleierf. in reichhaltigem, modernen Farbentönen	24 ⁷⁵		Herren-Hemden	makofarbig, 3 Größen	39 ⁷⁵	
Damen-Strümpfe	schwarz oder farbig, reine Seide, mit Florrand und Sohle	39 ⁷⁵		Herren-Hosen	makofarbig, 3 Größen	29 ⁷⁵	39 ⁷⁵

J ANDORF

Ein großer Posten
Damenhüte
viele Farben und Formen
Zum **7⁹⁰**
ansuchen

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter-Str. Brunnenstraße Kottbuser Damm Wilmsdorfer Str.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
11 Uhr: Das Volkstum
Die Komödie der Irrungen
7 Uhr:
Kapitan Brassbands Bekämpfung
Neues Volkstheater
Königsplatz 63
3 Uhr: Jugendfreunde
7 Uhr: Rose Bernd
Staatstheater
Opernhaus
8 Uhr: Die Walküre
Schauinspielhaus
11 1/2 Uhr: Wohlthätigkeit u. Mitleid
7 1/2 Uhr: Volks-Verständigung
7 Uhr: Niesse
Direktion: Max Reichardt
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Rabale und Liebe
7 1/2 Uhr: Ostia u. Perlmutter
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Mesalliance
Großes Schauspielhaus
Rathhaus
24 Uhr: Der Kaufmann von Venedig (Kübel-Konvention)
7 1/2 Uhr: Ein Sommertraum (Kübel-Konvention)

Leffing-Theater
Direkt.: Viktor Barnowahn
3 Uhr: Frau Horvath Gewerbe
Ganz und wozu
7 1/2 Uhr: Gespenster
Keller, Weibert, Abel, 800
Eingang 7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Gespenster
Donnerst. 7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte
Freitag 7 Uhr: Beer Gant
Samstag 7 Uhr: Knecht Rupprecht
Rosenmontag
Eine Offizierskomödie 5 Akten
von Otto Erich Hartleben
Sonntag und Montag 7 1/2 Uhr
Rosenmontag
Deutsches Kunst-Theater
3 Uhr: Wegmalen
Abend 7 1/2 Uhr
Die seltsame Gesellschaft
(Kühnert, Jankowsky, Müller)
Komische Oper
Täglich: III-Heidelberg
Oper von Schiller
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen

Kleines Theater
Heute nachm. 4: Casanova's Sahe
7 1/2 Uhr: Nur ein Traum
Schauspiel von Lotzar Schmidt.
(Olga Limburg, Eugen Berg)

Theater am Rollendorplatz
7 Uhr:
Der Better aus Dinsda
Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Nur nicht ärgern
Walthalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
7 1/2 Uhr: Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Naturalistische
Neuzeit
im Reiche der Venus
und weitere 10 Sensationen.

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer
Witzendall

1/8 Casino-Theater 1/8
Vollrich & Sohn
Str. 31, Uhr: 8888888888



Zielka
Friedrichstraße 39, 60
Täglich:
11 Uhr:
Keltore Spiele
Ausserord. interessantes
reichhaltiges Programm!
Die jungen bedeutenden
Belgen-Künstlerinnen
Hermine u. Maria
Hegedüs
mit ihren den höchsten
musikalischen Ansprüchen
an Vortrag und Technik
erfüllenden Solo- und
Duo-Konzerten.
11 Lustigste Komik!!
Boxer-Kampf
zwischen den feindlichen
Kämpfern Bobby Walter u.
Harry Wendland. (Ganze
voll Witz u. Lustigkeit mit
etwas ernstem Einschlag.)
Eintritt frei!
Reserv. Plätze 2, 3 u. 4 M.



METRO
12 Mai Attraktionen

CIRCUS-BUSCH
Tgl. 7. Sonntag auch 8 Uhr:
Die ausgezeichneten
Circus-Sensationen!
„Das denkende Pferd“
„Im Jiu-Jiu-Meisterkämpfe“
„Zum Schluß: Manège-Kunst“
„Krone und Fessel“
Johannes Niemann als Gast
Vorverkauf Herrheim und
Circus-Kasse.

Theater a. Kottbus. Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7 1/2 Uhr und zu
halben Preisen Sonntags
nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Neues Programm!
Sonnt. 11-1 1/2, und 4-6 Uhr.

Zoolog. Garten
Täglich
Großes Konzert
Aquarium
Geöffnet
bis zur Dunkelheit.

Sport-Palast
Das größte Kino der Welt
Potsdamer Str. 72 u. Hochbahn-Bühnenstr.
Das Geheimnis von Schloß Holloway
Drama in 5 Akten mit
Ester Carena
Fernes
Monte Carlo
Abenteuer in 4 Akten mit
Friedrich Zellnik

SCHAUBURG
Königgrätzer Strasse 121
Der große Chef
mit
Graf Nidder als Stuart Webb
Am Hochzeitsabend
Operette in 1 Akt von Golden-Quakers
mit dem sensationellen Spektakel.
Musik von Paul Hindy, Reinhold Peich u. G.

Sommer-Theater Schweizergarten
Am Friedrichshain 20/32
Heute Sonntag
Das große Spezialitätenprogramm
Dazu die Ausstattungsoperette
Weber'n großen Teich
Anfang 4 Uhr / Kassenöffnung 2 Uhr
Eintritt 2.- M. Reserv. Platz 3.40 M.

Coney-Island
Halensee
119-120 Kurfürstendamm 119-120
Amusement-Universum
Täglich:
Große Nachmittags-Konzerte
Obermusikmeister Franz Gindrich
Abends: Das große Varieté
Elfen-Schloß:
Eric Concerlos Yankee
Jazz-Band

LUNA-PALAI
47 neueste
Attraktionen!!
John Hagenbecks
**Raubtier-
Schau!**
Großes Konzert
Musikdirektor
Fritz Brase
Musikdirektor
Franz v. Bion
Groß-Höhen-
und Wasser-
Feuerwerk
u. a.
Die tollkühnen Gebr.
Wichmann auf dem
Turmseil am See
Serpentinenbahn
Teufels ad
Schleudermaschine
Liebesgroße
Juxtrophe
Hi-Lo-Lo-Lo
Ball-Duo II
Jazz-Nachlese
Gedekte
Wein-, Bier-,
Konditorei-Terrassen
für 25000 Personen.
LUNA-PALAI
vornehmstes
Ballhaus
Groß-Berlins!
Jazz-Band
Max de Groot
Geschw. Severus
das unerreichte Tänzerpaar

Ausschneiden!
5 Herren - Vorträge
von
Oskar Voelker
Direktor der Berl. Volks-Lichtbühnenanst., Invalidenstr. 130 (Stett. Bf.)
nur für Herren über 18 Jahre
Montag, den 9. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Mächter Gesellschaftshaus,
Waldstr. 24
Dienstag, den 10. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Phosphorsäure, Mühlstr. 142
Mittwoch, den 11. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Diebstahl, Fehlbürgerstr. 31
Donnerstag, den 12. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Deutscher Hof, Ludow. Str. 18
Freitag, den 13. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Mühlbergstraße, Se-/Waldstr. 31
Überall im großen Saal
über
Männerleiden
unt. Vorführung einer Anzahl Lichtbilder
Aus dem Inhalt des Vortrages:
I. Teil:
1. Was weiß der Mann und was muß er wissen
von den sogenannten Männerleiden, welche
oft furchtbares Unheil noch in der Ehe anrichten?
2. Weshalb suchen so viele Menschen dahin und
finden keine rechte Heilung von diesen Leiden?
3. Wie ist eine vollständige Heilung dieser Leiden
möglich?
II. Teil:
4. Warum sind so viele Frauen unterleibskrank?
5. Wie beugt man Frauen elden vor?
6. Können viele Frauenleiden nicht ohne Ope-
ration beseitigt werden?
Eintrittspreis durchweg 3 Mark
Anfang 7 1/2 Uhr, Kassenöffn. 6 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr
Erscheint nur einmahl!

Königgrätzer Str.:
3 Uhr: Faust
7.30 Uhr: Rugby
Eberstein, Erika, Schiller,
Paul Witz, Simon Potenzen,
Jenny Marx, Gullis Got,
Margarete Schlegel
Montag: Rugby
Dienstag: Gedicht
(Marie Orska, Al. Stetrich)
Mittwoch: Rugby
Donnerstag: Gedicht
Freitag: Rugby
Samstag: Rugby
Sonntag: Rugby
Vorgeschichte: Rugby
Vorgeschichte: Salome
(Marie Orska, Ernst Bernburg)
Komödienhaus:
3 Uhr: Die Sache mit Lola
Abends 7.30 Uhr:
Die Sache mit Lola
mit Max Falkenberg
Berliner Theater:
11 Uhr: Der letzte Walter
**DAS
Milliarden
SOUPER**
7.30 Uhr: Höhe Wörner, Hölz
Hölz, Käth, Richter, Robert,
Berth. Ritz, Paul Reyer!
Residenz-Theater
Heute nachmittags 7 1/2 Uhr:
Dada Windermeres Räuber
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Privileg
Paul Wegener, Lucie Häflich,
(Max Grünig, W. Edgar Zich)
Trianon-Theater
Heute nachm. 4 Uhr: Rosen
Täglich 7 1/2 Uhr:
Rosen
von Hermann Sudermann
Olga Limburg, Gerda Zörbe,
Käthe Haas, Helene
Walden, Edith, Gerda
Folies Caprice
am Charlottenburger Tor
am Dönhofsplatz
mit Gerda Zörbe

Groß-Berlin

Billige Tapferkeit

Schauplatz: Das „Gelände“ vor den Bureaus und Werkstätten eines großen industriellen Unternehmens in der See...

Personen: Das Subjekt, das Objekt, „Schuh“-Polizisten, Arbeiter, Frauen, Kinder und sonstiges Volk (in Menge — der deutsche Spießer).

Doch halt — was ist das? Ein Panzerauto! — Recht so — denn es wird wirklich immer schöner. Wenn das diesmal geklappt hätte...

Einige Kaskadistenspringer aus dem Stahlpanzer. Stramme, sehnige Kerls, wie aus Erz gegossen stehen sie breit...

So klein, ganz klein, werden diese, sonst der Stolz aller Spießer, neben jenen! Das ist denn freilich doch noch etwas ganz anderes!

Wißt... Jetzt geht der eine von ihnen auf das Volk zu, welches im Gefühl seiner Nichtigkeit gegenüber diesem staatlichen Machtfaktor langsam zurückweicht.

Recht so — jetzt stößt er dem einen in den Rücken. Ein dankbares Gefühl steigt dem zusehenden Spießer in die Kehle.

Wie dankbar müssen wir sein, daß wir noch solche Helden haben, denn das sind sie doch zweifellos! Der Held scheut nicht die furchtbare Gefahr, die die Menge für ihn bedeutet.

Man sieht schon gehört von Bomben in den Scheinbar so harmlosen Einholerfahren? Doch still — man sieht sofort, daß das Vorgehen des Uniformierten die einzig richtige Methode ist, um derartig widerspenstigen Elementen, die da glauben, daß sie in Gegenwart von „Schuh“-polizei und Panzerautos noch irgendeine Existenzberechtigung hätten, den richtigen Respekt beizubringen.

Im richtigen Gefühl seiner Unterwürfigkeit steht das Publikum mit gemischten Gefühlen, teils scheu, teils lächlich befriedigt im Hintergrunde.

Einige Duzend „Schuh“-polizisten sperren, bewaffnet bis an die Zähne, das „Gelände“. Der Kaskadist aus dem Panzerauto steht im Vollgefühl bewiesener Tapferkeit mitten auf dem Fahrdamm und sucht sich ein neues Opfer, das er denn auch bald findet.

Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Obleute der kommunalen Kommissionen

Montag, abends 7 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Sitzungssaal, ein Vortrag des Herrn Stadtrat Dr. Horten statt über: Die Zukunft der städtischen Werke.

Eine Siedlung auf dem Tempelhofer Feld

Die Deputation für das Siedlungswesen beschloß in ihrer letzten Sitzung, dem Magistrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche dem vielseitigen und berechtigten Verlangen der Großstadtbewohner aus Süderlin, Neukölln und Tempelhof Gelegenheit für die wirtschaftliche, gesundheitliche und ethische Betätigung im Kleingartenbau Rechnung tragen soll.

Der Mangel an Mitteln verlangt gebieterisch die Verminderung jeglicher nicht unbedingt notwendiger Ausgaben. Es sind daher in den Kostenschätzungen nur die Arbeitslöhne für die Stellung der äußeren Umfriedigung und für die Verlegung der Wasserrohrleitungen in Rechnung gestellt worden.

Die beiden Hauptwege in der Richtung von Ostwest stellen eine Verbindung des vor Neukölln geplanten Sportplatzes mit der westlich gelegenen Eisenbahnkolonie her.

In der Mitte der Kolonie ist ein 15 000 Quadratmeter großer Areal für das Kleingärtner vorgesehene. Er soll mit Röhrenbäumen eingefaßt werden und gleichzeitig als Versammlungsort festgelegt dienen.

An weiteren Stellen sind vier kleinere, mit Linden bepflanzte Plätze vorgesehen, die in der Hauptsache der Jugend zu Spiel und Sport dienen sollen.

Die Ausführung der Vorstellungsarbeiten für die Kolonie soll dem Kleingärtneramt Tempelhof übertragen werden, das auch die spätere Einziehung des Pachtgeldes und die Verwaltung zu übernehmen hat.

Die erstmalige Verpachtung liegt den drei beteiligten Bezirken Süd-Berlin, Neukölln und Tempelhof ob. Der Pachtantrag schließt sich einer Summe von 1100 000 Mark an.

Ferner verteilte die Deputation die ihr noch zur Verfügung stehenden Mittel an Zuschüssen zu den Baukosten für Kleingartenanlagen. Sollten alle nur zu berechtigten und notwendigen Anträge berücksichtigt werden, so wäre mindestens die zehnfache Summe dessen erforderlich, was vorhanden ist.

Arbeiterinnenwohlfahrt

Der kapitalistische Staat macht tausend Versuche, seinen Staatsbürgern die Wirtschaftsordnung schmackhaft zu machen. Mit unzulänglichen Mitteln wie privater Wohltätigkeit und milden Stiftungen sucht man die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung etwas zu bekämpfen; man weiß dabei aber sehr genau, daß dieser Kampf nur ein Scheinkampf ist.

Namentlich sind es noch immer die arbeitenden Frauen, die unermittelt und auf sich selbst gestellt, diese Bemühungen kapitalistischer Kreise für bare Münze nehmen.

Die bürgerlichen Kreise spezialisieren dabei sehr gut auf die politische und wirtschaftliche Urteilskraft der Frauen des arbeitenden Volkes. Indem sie den Frauen und Mädchen die Stiftungen und „Wohltaten“ des Bürgertums zuführen, sichern sie sich die Dankbarkeit und Zufriedenheit der weiblichen Arbeiterinnen nur eine zufriedene Arbeiterin, die den Kapitalismus in seinem Wirken nicht stört, kann auf die Dauer erfolg versprechend für die Unternehmer sein.

In Berlin gibt es einen Verein „Arbeiterinnenwohlfahrt“, der von den bestehenden Frauen, auch von einigen Großhändlern, durch Vergabe von Geldmitteln subventioniert wird.

Dieser Verein unterhält im Moabit Stadtteil, Alt-Moabit 38-39, ein Arbeiterinnenheim, das lebigen Arbeiterinnen Zimmer für ein oder zwei Personen gegen Miete zur Verfügung stellt, und das von einem Fräulein Kirchner, der Tochter des verstorbenen Oberbürgermeisters von Berlin, verwaltet wird.

Wie jetzt bekannt geworden ist, reichen die zur Verfügung stehenden Mittel nicht mehr aus, um das Heim zu unterhalten. Eine Stiftung oder eine Anstalt öffentlicher Wohltätigkeit kann vernünftigerweise nur dann im Sinne der Wohltätigkeit wirken, wenn es aus sich selbst heraus lebensfähig ist oder wenn von anderer Seite Zuschüsse geleistet werden.

Die Arbeiterinnenwohlfahrt hat sich der Angelegenheit angenommen, doch war beides ohne Erfolg. Einen anderen Erfolg aber hat das geschlossene Vorgehen der Anstalten allerdings gehabt: die Arbeiterinnen haben sich bei der sehr sensiblen Leiterin unheimlich bemerkbar gemacht und dürften darauf gefaßt sein, daß sie bei der nächsten passenden Gelegenheit an die frische Luft gehen werden.

Eine solche Gelegenheit scheint jetzt gekommen zu sein. Das neue Bezirksamt 2, Berlin Tiergarten, sucht ein passendes Heim. Als solches ist unter anderem auch das Arbeiterinnenheim Alt-Moabit in Aussicht genommen.

Die in derartig dürftigen Räumen der Verwaltungsbüros eines Bezirksamtes arbeiten soll, ist schlechterdings unbegrifflich. Außerdem müssen die solcherart heimatlos gemachten Mädchen, wie geplant wird, in Badegymnasia, auf dem Bodex und im Keller untergebracht werden.

Wir hoffen, daß dieses Vorgehen von den verantwortlichen städtischen Körperschaften eingehend geprüft wird. Auf keinen Fall darf geduldet werden, daß gerade diese Räume dem Bezirksamt zugewiesen werden. Es gibt genug öffentliche Gebäude, es gibt noch viel zu viel Kasernen, die für solche Zwecke zur Verfügung gestellt werden können.

Darüber hinaus aber ist der Fall noch allgemein lehrreich: Leihen Endes sind es immer wieder die Arbeiter selbst, die die Kosten der privaten Wohltätigkeit tragen. So lange die Abgespeisten zufrieden sind, herrscht Harmonie und Eintracht im kapitalistischen Staat.

Sobald sie aufbegehren, wird ihnen bedeutet, daß sie nur Almosen empfangen, für die sie dankbar sein müssen!

Unliebame Zustände im Jugendheim Charlottenburg

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: Die Beschäftigten des Jugendheims kämpfen seit mehreren Monaten um eine Aufbesserung ihrer Löhne.

Die Beschäftigten des Jugendheims kämpfen seit mehreren Monaten um eine Aufbesserung ihrer Löhne. Seit der Einführung dieser Kampfs ist, dürfte an den bisherigen Löhnen ersichtlich sein, die 2,80 M. für Männer, 2,10 M. für Frauen, 1,70 M. für Schwerfrauen und 1 M. für Schülfrinnen betragen.

Die Stundenlöhne, die seit April 1919 geltend hatten, entsprechen wohl nicht der gegenwärtigen Wirtschaftslage; sie entsprechen aber auch nicht der schwereren Tätigkeit, die die Beschäftigten zu verrichten haben. Seit Monaten ist daher die Organisation des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter bemüht, einigermaßen auskömmliche Löhne für die Beschäftigten zu erwirken.

Im vorigen Monat ist es ihr gelungen, mit der Verwaltung des Jugendheims einen Lohnvertrag abzuschließen, der Stundenlöhne von 4,50 M. bzw. 4,00 M. für Männer über 18 Jahre und 3,40 M. bzw. 3,50 M. für Frauen über 18 Jahre vorsieht.

Den Jugendlichen soll laut der tariflichen Vereinbarung 3 M. bzw. 3,10 M. und den Mindererwerbsfähigen 2 M. pro Stunde gewährt werden. Niemand wird behaupten können, daß diese Entlohnung übermäßig hoch ist, besonders wenn man berücksichtigt, daß die gegenwärtigen Stundenlöhne in der gesamten Privatindustrie wie auch in kommunalen und staatlichen Betrieben bedeutend höher sind.

Wenn das Personal mit dieser Entlohnung sich dennoch einverstanden erklärt, so deshalb, weil es den gemeinwirtschaftlichen Charakter des Instituts nicht außer acht lassen will.

Nachdem nunmehr der Lohnvertrag abgeschlossen war, erklärt indessen die Verwaltung des Jugendheims, die vereinbarten Lohnsätze nicht zahlen zu können. Schuld daran trägt angeblich die Stadtverwaltung, die nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stelle.

Die Leiterin des Jugendheims, Fräulein von Gierke, erklärte der Arbeiterorganisation, daß sie, falls die vereinbarten Löhne haben wollen, sich selbst an die Stadtverwaltung wenden müsse. Daraufhin ist der Arbeitsrat des Jugendheims im Bezirksamt Charlottenburg vorbestellt worden.

Es wurde ihm versichert, daß alles gelingen werde, um der Arbeiterin zu ihrem Recht zu verhelfen. Daß eine solche Versicherung erfolgen mußte, ist erklärlich, weil von der verantwortlichen Verwaltung der Wirtschaftsleitung im Jugendheim die Schul- und Kinder-Speisung abhängt.

Trotz der Versicherung ist jedoch der Zustand der gleiche geblieben. Die Leiterin des Instituts sah sich daher gezwungen, der Arbeiterin zu eröffnen, das Jugendheim schließ zu schließen, wenn das Personal auf der vereinbarten Forderung beharre. Es ist vielleicht die bescheidene Anfrage erlaubt, was denn das Bezirksamt wie auch der Magistrat Berlin zu dieser in Aussicht gestellten Maßnahme tun will.

Wegen solcher geringen Lohnhöhen darf doch nicht ein Institut, das der Wohltätigkeit dient, geschlossen werden! Auch die Elternbeiträge des Bezirks Charlottenburg dürften bei dieser Maßnahme vielleicht ein Wort mitzureden haben. In ihrer letzten Versammlung wurde gerade auf dieses Institut von den Elternbeiträgen ein Loblied gesungen. Traglich mag sein, ob der Leiterin des Heims überhaupt die Befugnis zusteht, das Heim zu schließen; die Stadtverwaltung hätte aber den gegenwärtigen Zustand vermeiden können, wenn sie in entsprechender Weise die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt hätte, die mit Rücksicht auf den wohltätigen Charakter nötig sind.

Ein neuer Raubmord bei Strausberg

Die Berliner Kriminalpolizei wurde gestern nach Strausberg gerufen, wo ein neues Kartatzenbrechen entdeckt worden ist. Im Walde bei Wejendahl, das zwischen Strausberg und Wernuchen liegt, wurde die Leiche eines etwa 40 bis 45 Jahre alten noch unbekannten Mannes aufgefunden, der durch fünf Revolverkugeln getötet worden ist.

Der Ermordete lag völlig kahl auf einem Reishaufen. Neben der Leiche lag ein weiß und schwarz farbiertes Sportmützchen des Toten. Ein großer verrosteter amerikanischer Trommelrevolver mit schwarzen Hornschalen war dem Toten von dem Mörder in die Hand gedrückt worden, um einen Selbstmord vorzutäuschen.

Aus der Waffe sind fünf Schüsse abgefeuert worden, die den Ermordeten alle in Brust und Kopf getroffen haben. In der Nähe des Tatortes lagen eine lange, sogenannte russische Drahtschere und zwei Säde, die Federputzen aufwiesen. Die Ermittlungen ergaben, daß am Freitag abend gegen 11 Uhr mehrere Schüsse gehört worden sind. Um diese Zeit scheint danach das Verbrechen verübt worden zu sein. Alle Nachfragen in der Umgebung ergaben, daß der Tote nicht von dort her stammt. Sehr wesentlich für die Aufklärung des Verbrechens ist die Feststellung seiner Persönlichkeit.

Der Tote ist etwa 1,50 Meter groß und ziemlich kräftig, hat rotblondes, an den Schläfen ergrautes Haar, das hinten sehr hoch gekämmt ist, einen rotblonden Schnurrbart, blaue Augen und lidenhafte Zähne und trug einen blauen Anzug, gelbe Schuhschuhe, unter dem Rock eine braune Militärlasche und Militärschulterstücke. Über die Persönlichkeit des Toten irgendwelche Angaben machen kann, wird erforscht, ist bei Kriminalkommissar Treplin im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums zu machen.

Bezirk verband Ve-H-Brandenburg

Wir erlauben diejenigen Distrikte, die noch keine Mitteilungsblätter erhalten haben, dieselben am Montag bestimmt vom Verbandsbureau, Breite Straße 8-9, abzuholen. Die Geschäftsleitung.

Obleute der Zeitungskommission. Auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung der Zeitungskommission, sind die Mitglieder der Zeitungskommission verpflichtet, in ihren Distriktskonferenzen und Funktionärstreffen dafür Sorge zu tragen, daß die bevorstehende Agitation für unsere Presse diskutiert wird. Die Distriktsleitungen wollen bis spätestens den 17. Mai dem Verlag der „Freiheit“ Mitteilung machen, wieviel Flugblätter gebraucht werden. Der Vorstand der Zeitungskommission.

Das Neuköllner Volksschulungsamt teilt mit: Zu der heute, Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Baller-Theater stattfindenden Aufführung von Goethes „Iphigenie“ sind noch Karten für alle Plätze an der Theaterkasse erhältlich.

Für die weltliche Schule. Ueber dieses Thema wird der Genosse Dr. Löwenstein am Montag, den 9. Mai, 7 Uhr, in der öffentlichen Versammlung in Charlottenburg, Königin Luisenschule, Dankelmannstr. 28-29, referieren. Für die Eltern Moabit's findet am Dienstag, abends 7 Uhr, in der Pagenhofer Brauerei, Turnstraße, eine öffentliche Versammlung statt, in der Professor Osterreich über den „Kampf um die Gemeinschaftsschule“ sprechen wird.

Die Geschäfte der bisherigen Mietvereinsämter Mahlsdorf und Kaulsdorf sind von dem Bezirksamt 17 in Lichtenberg übernommen worden, so daß die bureaumäßige Bearbeitung der Mahlsdorfer Mietvereinsangelegenheiten in der Geschäftsstelle des Bezirksamtes 17 in Lichtenberg, Müllendorferstr. 5, stattfindet. Dorthin sind auch in Zukunft Anträge zu richten. Zur Erleichterung des Verkehrs mit dem Publikum werden die Sitzungen der Mahlsdorfer und Kaulsdorfer Ämtern des Mietvereinsamtes im Rathaus in Mahlsdorf, Köpenicker Allee 1, abgehalten werden. Die regelmäßigen Sitzungen des Bezirksamtes 17 sind neuerdings auf Dienstag, nachmittags 10 Uhr, festgelegt worden.

Neue städtische Verkaufsstellen. Ueber den bisherigen Verkaufsstellen für städtisches Fleisch richtet der Magistrat jetzt noch neue Verkaufsstellen ein, die ausschließlich für den Verkauf von städtischen Fleischwaren bestimmt sind. Zunächst werden Ende dieser Woche nachstehende Verkaufsstellen eröffnet: Markthalle II, Lindenstraße, Stand 23-24, Markthalle V, Magdeburger Platz, Stand 20 und 13, Markthalle VIII, Andreaskirche, Stand 34, Markthalle X, Arminiusplatz, Stand 50, Markthalle XI, Markthallenplatz, Stand 77. Die Ware wird zu denselben Preisen wie in den bisherigen städtischen Fleischläden abgegeben. Mit Rücksicht auf die besondere Preiswürdigkeit und gute Qualität der Vorzüge, und zwar besonders des Cornbeef als Brotfleisch, wird die Bevölkerung auf diese neue Einrichtung hingewiesen.

Brotfartenshwarz. In der Woche vom 9. bis 15. Mai d. J. darf Brot und Mehl nur auf die Brotfarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitt das Stichwort Engelhardt Caracoli-Polizier tragen.

Rohs- und Weissetzverfahren. Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Mit Rücksicht auf die im allgemeinen wesentlich geringeren Betriebskosten (Handlungsunkosten, Gehälter, Löhne usw.) hat der Magistrat Berlin nach eingehenden Verhandlungen mit Vertretern des Handels beschlossen, diesem daraufhin eine angemessene Abgeltung anzubilligen. Die Verkaufspreise für Rohs- und Koks sind dementsprechend vom 2. Mai d. J. ab wie folgt festgelegt worden: Preise für Kühlen- und Ofenbrand: a) für Weissetz ab Lager 16,00 M. je Zentner, frei Keller 17,00 M. je Zentner; b) für Rohs, Gasfoks gebrochen ab Lager 26,20 M. je Zentner, frei Keller 27,20 M. je Zentner.

18. Verwaltungsbereich. Nachdem die Mitglieder des Bezirksamtes bis auf einen besoldeten Stadtrat (Weißer, K. P. D.), besoldet und am 27. April eingeführt wurden, kann auch hier die Arbeit aufgenommen werden. In der Bezirksversammlung am 4. Mai wurden daher die Verwaltungs-Deputationen und sonstige Ausschüsse gewählt. Die Verteilung der Sitze erfolgte nach dem Stärkeverhältnis der Parteien. Damit haben die Arbeiterpartei in allen Deputationen usw. die Mehrheit. Die Wahl der Schuldeputation wurde vertagt, da die Genehmigung zur Erhöhung der Zahl der Bürgerdeputierten erst eingeholt werden soll. Die Erhöhung ist aber notwendig, um den Eltern den entsprechenden Einfluß zu sichern. Gewählt wurden, dann noch ein stellvertretender Ausschuss, die Beisitzer zum Mietvereinsamt, ein Rechnungsprüfungs- und der Erwerbslosenfürsorge-Ausschuss. Vertagt wurde die Wahl der Beisitzerkommission für das Wohnungsamt, da für die Tätigkeit dieser Kommission demnächst Richtlinien herausgegeben werden. Ebenfalls vertagt wurde die Wahl einiger Armenbeisitzer und Beisitzer, um den Funktionen Gelegenheit zu geben sich damit zu beschäftigen. Daß die Arbeiterpartei ein ganz besonderes Interesse an der Besetzung dieser Posten hat, bewies ein Antrag des Bezirksamts, der die Zu-

Gewerkschaftliches

System Leunawerk

Unser Leipziger Bruderorgan, die „Leipziger Volkszeitung“, ist in der Lage, verschiedene intime Vorgänge im Leuna-Werk ans Licht der Öffentlichkeit zu ziehen.

Die Direktion nimmt Veranlassung, den kommunistischen Mißerfolg auszunützen, um die Arbeiter einem infamen Verflächungssystem zu unterwerfen. Nur „verlässliche“ ausgelassene Arbeiter finden die hohe Gnade, Profit für das Werk schinden zu können, die sich sodann noch ausdrücklich verpflichten müssen, Affordarbeit und Ueberstunden zu leisten und unter einem Prämien-system zu arbeiten.

Die Ersparnisse, die dadurch erzielt werden, sind enorm; legt man nur einen Wochenlohn von 200 M. zugrunde, belaufen sie sich auf rund 25 Millionen Mark, nicht gerechnet diejenigen Ersparnisse, die durch Lohnreduzierung entstehen.

Der Direktion waren die Barodenstadt, das Lebensmittelamt und die Kantinen seit längerer Zeit recht unbequem, weil sie erhebliche Zuschüsse erforderten. Jetzt hat sie die günstige Gelegenheit ausgenutzt, und alles beseitigt. Die auf diese Weise erzielten „Ersparnisse“ belaufen sich auf etwa 16 Millionen Mark.

Das sind zusammen 41 Millionen Mark jährliche Ersparnisse. Dem stehen an Schäden als nur einmalige Ausgaben etwa 8 bis 10 Millionen Mark für Produktionsausfall und Beschädigungen nach Angaben der Werksleitung gegenüber.

Die nicht eingestellten Arbeiter verfolgt das Werk mit einer raffinierten Feme, die folgendermaßen aussieht:

Nr. 1. Vertraulich!

Der Angefragte hat vom . . . bis zum Ausbruch der bekannten Unruhen in unserem Betriebe als Dreher gearbeitet. Mit seinen Leistungen waren wir im allgemeinen zufrieden, doch steht er auf der Liste derjenigen, die für eine Neueinstellung auf unserm Werk nicht mehr in Frage kommen.

Nr. 2. Vertraulich!

Der Angefragte hat vom . . . bis zum Ausbruch der kürzlichen Unruhen in unserm Startstrombetriebe als Schlosser gearbeitet. Ueber seine Gesinnung ist uns nichts bekannt geworden, doch kommt derselbe für eine Neueinstellung nicht in Frage, da seine Leistungen, weil nicht selbständig genug, uns nicht befriedigt haben.

Der Nachschub in einem Rundschreiben an die Baufirma lautete etwa folgendermaßen:

Im übrigen erwarten wir, daß Sie Ihren Leuten mitteilen, daß sie fleißig arbeiten und nicht aufrührerisch gesinnt sind (sein dürfen?).

Es ist also nicht genug, daß die Arbeiter sowieso schon mehrere Wochen ihren Lohn eingedöhrt haben, man macht es ihnen auch noch unmöglich, im Bezirk Arbeit zu bekommen. Scheinbar befürchten die Herren, daß die Baufirmen die Patentlinien für die Neueinstellung nicht scharf genug handhaben. Aus diesem Grunde wurde auch die Auswahl der zu entlassenden Leute vom Werke getroffen; das nachstehende Schreiben beweist dies deutlich genug:

D/20. 18. April 1921. Schö./J. Arbeitgeber-Vereinigung Leunawerk. Wir senden Ihnen anbei eine Liste der nicht wieder einzustellen Leute von der Hanomag, Hannover-Unden. 1. Liste.

Trotz alledem haben einige Baufirmen gewagt, bei der Neueinstellung etwas menschlicher vorzugehen. Daraufhin bekamen sie folgendes Schreiben zugestellt:

Leunawerk, den 18. April 1921.

Firma Eugen Burg, Essen, Baustelle Leunawerk.

Bei der Wiederaufnahme der Arbeit auf den Baustellen haben wir jetzt festgestellt, daß die Grundzüge für die Wieder- und Neueinstellungen von Arbeitern bei den bauenden Firmen im Leunawerk, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern anerkannt sind (wann und von wem?) nicht restlos durchgeführt werden. Insbesondere ist beobachtet worden, daß auf einzelnen Baustellen wieder Rückschlüsse mitgeführt werden und daß die Arbeit schon 4 1/2 Uhr nachmittags beendet wird. Diese Mißstände sind sofort zu beseitigen. Auch hat bereits eine Reihe von Firmen eine erhebliche Anzahl von jugendlichen Arbeitern und ledigen Arbeiterinnen unter 25 Jahren wieder eingestellt. Diese Personen sind sofort wieder zu entlassen und als Ersatz für die entlassenen weiblichen Arbeitskräfte Witwen, insbesondere Kriegswitwen, einzustellen.

Wir müssen über die geringsten Maßnahmen der betreffenden Firmen unter höchstem Besenden ausdrücken und leben uns daher genötigt, nochmals auf die Kritik Innehaltung der obigen Grundzüge hinzuweisen. Im Uebertretungsfall werden wir zukünftig unweigerlich gegen die betreffenden Firmen mit Entziehung der Arbeit auf der Baustelle vorgehen.

Hochachtungsvoll

Badische Anilin- und Sodafabrik, Ammoniakwerk Merseburg, Dehnel, Dör.

Dieser freche vorwärtliche Ton der Unternehmer, die mit dem härtesten Terror gegen nicht parierende Firmen und gegen die Arbeiter vorgehen, sollte allen Gewerkschaftern zu denken geben.

Welche Schuld die Kommunisten an den Vorgängen im Leuna-Werk auf sich geladen haben, erfahren wir auch aus einem Aufsatz des bisherigen kommunistischen Betriebsrates, W. Daniel, in Nr. 18 der Metallarbeiter-Zeitung, der folgendes niederschrieb:

„Als bisheriger Obmann des Betriebsrats der Leuna-Werke, des größten in Mitteldeutschland belegenen Betriebes, mit zirka 24 000 Beschäftigten, hatte ich Gelegenheit, aus nächster Nähe zu beobachten, mit welcher Strapasshaftigkeit und verbrochener Heiligkeit von gewissen — oder richtiger gesagt, gewissenlosen — Leuten die Interessen unserer Arbeitsbrüder in den Schmutz getreten wurden.“

Mit Hilfe der Halleischen Bezirksleitung der KPD, wurde der meist aus Mitgliedern dieser Partei bestehende Betriebsrat seines Einflusses beraubt und hierdurch den Verbrechern die Bahn frei gemacht.“

Die Arbeiter können sich nun bei den parolenmütigen Kommunisten bedanken und sollten endlich erkennen, daß jene großwahnsinnige Taktik der Roslauer nur zu ihrem Verderben führte. Dies bedingt nun eine gänzliche Ablage zur Gesellschaft Stoeder-Brandler und zum Anschluß an unsere freien Verbände, die zu härteren, Aufgäbe aller einsichtigen Arbeiter werden muß.

Ein letztes Wort an die Berliner Bauarbeiterchaft!

Die Kommunisten preisen in einem Flugblatt, unterschrieben von Paul Kaiser, für die Wahl der Vereinsleitung Berlin die Liste „Hoffmann-Grau“ an. Darüber wird sich niemand wundern. Aber der Widerspruch in diesem Flugblatt zeigt doch wieder einmal, welch heillosen Konfusion in ihren Reihen herrscht.

Es sei eine besondere Wahlmethode, wird mitgeteilt, die dieses Mal der Vereinsvorstand eingeführt habe. Früher seien die Kan-

didaten, ganz gleich welcher politischen Richtung, auf eine gemeinsame Liste gekommen und jetzt heißt man das Listenstimmgut. Dabei verschweigen die Verfasser dieses Blattes, daß es der Anhänger Herrmann war, der in der Generalsammlung den Antrag auf Listenwahl stellte, und das dieser Beschluß mit den Stimmen ihrer Jünger gefaßt wurde. Es ist also Heuchelei, wenn man glauben machen will, daß die S. P. D. und U. S. P. D. Kollegen oder der Vereinsvorstand auf die Listenwahl gedrängt hätten. Bereuen die Kommunisten schon jetzt, noch bevor die Entscheidung gefallen ist, ihren eigenen Beschluß? Es hat fast den Anschein. Oder hat man geglaubt, daß alle Kollegen, die nicht mit den Kommunisten durch die d. und dünn gehen, ihr Treiben ruhig hinnehmen würden? Nein, verehrte Freunde, so weit geht unsere Rücksicht nicht; denn das wäre nicht zu entschuldigen vom Standpunkt der Gewerkschaftsbewegung. Die Behauptung, daß man nicht die Spaltung der Gewerkschaften will, ist entweder Demagogie oder sie beruht auf Unkenntnis der angenommenen 21 Punkte und der Roslauer Thesen, was bei den Kaiser, Schiele, Grau und Genossen nicht weiter Wunder nehmen würde.

Wir verlagen es uns, heute auf all die andern Unterstellungen noch einzugehen und kommen darauf noch zurück. Es heißt jetzt, all diesen Kombinationen entgegenzutreten und den kommunistischen Konfusionsräten und Zerstückern unserer Gewerkschaften ein Paroli zu bieten, indem der letzte Mann eintritt bei der heutigen Urwahl für die Liste

Thöns — Wartenberg

Das Ultimatum der Entente

Generalversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte

Am Freitag beschäftigten sich die Delegierten der Groß-Berliner Betriebsräte in einer Generalsammlung mit den Forderungen und drohenden Sanktionen der Entente.

Der Referent, Dr. Kuczynski, führte u. a. aus: Die Reichsregierung hat den großen Fehler gemacht, den Vorschlag von Seydoux vom 7. Januar d. J. — Provisionen in 5 Jahreszahlungen von je drei Milliarden Goldmark — nicht anzunehmen. Sie hat so lange gezögert, dazu bindend Stellung zu nehmen, daß die Pariser Konferenz am 29. Januar über diesen Vorschlag vom 7. Januar zur Tagesordnung übergegangen ist. Zwei Monate später hat Simons denselben Fehler wiederholt: Er hat den Vorschlag von Lloyd George — 30 Jahreszahlungen von je 5 Goldmarkmilliarden + 30 Jahre 30prozentige Abgabe vom Werte der deutschen Ausfuhr in die alliierten Länder — nicht sofort als Verhandlungsgrundlage angenommen. Jetzt werden wir nicht so billig davonkommen, wie wir es im Januar und noch im März gekonnt hätten. Noch wäre es Zeit, durch einen neuen annehmbaren Vorschlag die Situation zu retten. Aber das kann eine kapitalistische Regierung nicht, denn in Betracht käme eine

große einmalige Vermögensabgabe,

von der die Hälfte an die Entente abgeführt werden müßte, während die andere Hälfte der Abgabe dem Reiche verbliebe. Kuczynski entwickelte dann eingehend die Form der Vermögensabgabe an das Reich.

In der Diskussion kritisierte Genosse E. Barth die Haltung aller sozialistischen Parteien bei der Erörterung der Ententesforderungen. Seine längeren Ausführungen klangen aus in die Forderung auf Schaffung der Einheitsfront der sozialistischen Arbeiter.

Im Schlußwort erklärte der Referent, daß die Befehle des Ruhrbedens unbedingt vermieden werden müsse. Eine kapital-

Auffallend billige Pfingst-Angebote

Dirndlkleider für groß u. klein

aus echtem Dirndlstoff in hellen u. dunklen Mustern mit farbiger Schürze

89,- u. 135,-

Kinderkleid Größe 50

29,50

(Steigerung für jede weitere Größe 5,00 Mk)

Sommer-Blusen



Jaborbluse aus bestem Vollvoile mit Hohlraum und Filer-Motiven

79,00

Oberhemdbluse aus feinem hellgrünen Barist mit Punktmuster

29,50

Oberhemdbluse aus feinstem weißen Opal, elegante Sportform

53,00

Seiden-Unterrock ganz plissiert

125,-

Untertaille aus feinem Wäsche Stoff mit Spitze u. Motiven reich garniert

22,50

Madassen G. m. b. H.

Oraniensr. 165 (Ecke Oraniensplatz)

Leipzigerstr. 42 (Ecke Markgrafenstr.)

Stiftliche Regierung kann eine Befehung jedoch nur hinauschieben, aber niemals verhindern.

Zum Schluß der Versammlung erstattete für den Bericht über die Abrechnung der Untersuchungskommission der Groß-Berliner Arbeiterkassier. Durch Beschluß wurde die Betriebsrätezentrale beauftragt, bei den Gewerkschaften vorstellig zu werden zwecks Erhebung eines wöchentlichen Pflichtbeitrages von 20 Pf. zur Unterstützung der Inhaftierten und ihrer Angehörigen. — Ein weiterer Beschluß bezugtragt die Zentrale, mit der früheren Rätezentrale in der Münstrasse in Verhandlung zu treten wegen Aufklärung des Vermögensverfaltes. Der nächsten Generalversammlung soll über diesen Punkt Bericht erstattet werden.

Maler, Lackierer und Anstreicher

Am heutigen Sonntag findet in den Bekannten Bezirkslokalen die Urwahl der Delegierten zum Verbandstag in Frankfurt a. M. statt. Da der Verbandstag richtunggebend für die gesamte Organisationsarbeit der folgenden zwei Jahre ist, ist es notwendig, auf die Zusammensetzung desselben und die Wahl der Delegierten zu achten. Wer für Stärkung der Organisation ist, für Zusammenschließung von Industrieverbänden, für Einheit und Geschlossenheit der Arbeitbewegung und gegen jede Spaltung und Zersplitterung, der wählt heute bei der Urwahl folgende 6 Kollegen:

Karl Böber, Alfred Brendel, Otto Schiemann, Franz Kaiser, Hans Krenner und Bruno Sinner.

Zum Streik im Nahrungsmittelgroßhandel. Bei 26 Firmen sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. In diesen Betrieben sind die Arbeiter reiflos aus den Betrieben gegangen, so daß Streikbrecher nicht zu verzeichnen sind. In einigen Betrieben sind die Forderungen bewilligt worden und wird dort unter den neuen Lohnsätzen gearbeitet. Die Stimmung unter den Streikenden ist zuversichtlich, und dies um so mehr, als die Aufsicht in den Fuhrwerksbetrieben den Streikenden volle Sympathie und Solidarität erklärt haben, und jede Arbeit, welche für bestreikte Firmen verlangt wird, strikte ablehnen. Der „Berliner Lokalanzeiger“ brachte in seiner Morgenausgabe vom Freitag eine Notiz, wonach die Arbeitgeber im Februar d. J. den Arbeitnehmern ein Entgegenkommen gezeigt hätten. Dieses Entgegenkommen bestand darin, daß die Arbeitgeber jede Lohnserhöhung ablehnten und verlangten, daß die Arbeitnehmer bis Ende April unter den jeweiligen Lohnsätzen weiterarbeiten. In der Voraussetzung, daß die Arbeitgeber nach Ablauf dieser Zeit ein Entgegenkommen zeigen würden, hat die Arbeiterschaft sich damit einverstanden erklärt. Das Gegenteil von dem ist jetzt eingetreten. Wir bitten die kaufmännischen Angestellten in den bestreikten Betrieben, als auch die übrige Arbeiterschaft um ihre volle Solidarität. Am Montag, den 9. Mai d. J., abends 7 Uhr, findet in Boeslers Festsaal, Weberstraße 17, eine Vollversammlung der Streikenden statt. Streikliste legitimiert.

Abasterbranche. Der Streik in der Abasterbranche ist seit dem 14. April 1921 aufgehoben. Die ehemaligen Streikenden haben sich auf ihren zuständigen Arbeitsnachweiser eintragen zu lassen und sind berechtigt sich anderweitig vermitteln zu lassen. Die bestreikten Firmen: Deutsche Rarmor- und Abasterwerke G. m. b. H., Lichtenberg, Rittergutsstraße 45-46, Wilhelm Gutter, Ritterstraße 114, A. H. Habild u. Co., Kottbusser Damm 70-71, Peter John u. Knoll, Stralau, Markgrafendamm 14, sind für Mitglieder un'erzeichneter Organisationen nach wie vor gesperrt, weil obige Firmen es ablehnen, mit den in Frage kommenden Organisationen tarifliche Abmachungen zu treffen, sondern im Gegenteil beschuldigen, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einzuführen. Vor Zugang nach obigen Betrieben wird gewarnt. Deutscher Transportarbeiterverband, Deutscher Holzarbeiterverband.

Gewerkschaftsversammlungen

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Montag, den 9. Mai, nachm. 5 Uhr, im großen Saal der Kammerstraße, Teltower Str. 1-4, Ede Velle-Alliance-Str., große Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Was sagt die Berliner Kollegenschaft zu der freilosen Amtsenthebung des Bevollmächtigten Kaspar durch den Verbandsvorstand? 2. Was sagt die Berliner Mitgliederkassier zu den übrigen Ausschlußgeklagten des Verbandsvorstandes? Verbandsvorstand und Beirat sind zu dieser Versammlung geladen. Kolleginnen und Kollegen erscheinen in Massen und befechteten Euren Protest gegen diese Maßnahmen des Verbandsvorstandes. Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiterverband. Eisen-, Metall-, Revolverdreher und Dreherinnen sowie Rundschleifer. Versammlung aller auf dem Boden der Umfelder Internationalen stehenden Kolleginnen und Kollegen, Dienstag, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Kappensplatz. Tagesordnung: Die Lage in unserer Branche. Pünktliches Erscheinen aller ist Pflicht. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimieren.

U. S. P. D. Funktionäre des Transportarbeiter-Verbandes. Montag, den 9. Mai, abends 7 Uhr, „Germania-Saal“, Chausseestraße 110, Fortsetzung der Funktionärskonferenz betr. Aussprache: Moskau — Amsterdam. Bezirks-Verband Berlin-Brandenburg. J. A. A. Schulz.

Aus den Organisationen

13. Verwaltungsbereich. Die Mitteilungsführer von Treptow, Baumhulsenweg, Ober- und Nieder-Schöneberg, Johannisthal, Altkönig und Alt-Hilfenelde werden gebeten, das neue Markenmaterial beim Gewerkschaftsamt, Deutliche 4, 2 Tr., am Montag, den 9. Mai, nachm. von 4 1/2 bis 7 Uhr, beizubringen.

19. Bezirk. Die für Montag abend anberaumte Funktionärskonferenz fällt aus und findet am Dienstag, 7 Uhr, bei Wiltner statt.

18. Bezirk. Abrechnung von Kalkulation bis einschließlich Montag. Nicht abgerechnete Karten gelten als verkauft und müssen bezahlt werden.

Montag, 9. Mai

Verwaltungsbereich Mitte 3. 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Doms, Schlegelstraße 9.

3. Verwaltungsbereich (Wedding). 11. Bezirk, 1. bis 3. Abteilung, 13. Bezirk, 2. Abteilung, abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Krause, Altkönigstr. 18. Pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig.

7. Verwaltungsbereich Charlottenburg. Abends 7 1/2 Uhr im Rathaus Charlottenburg, Sitzungszimmer 1, Funktionärskonferenz mit Bürgerdeputierten, Obmann der kommunalen Kommission und des Bürgerdeputierten. Wichtiges Beschlüßfassung.

15. Verwaltungsbereich. Abteilungen Treptow und Baumhulsenweg, 38. Brauns Gesellschaftsraum am Bahnhof Treptow, große öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Gegen den Gebirgszwang“. Referent: Landtagsabgeordneter Frau W. Rahmet. Alle Frauen müssen erscheinen. Männer als Gäste willkommen.

19. Verwaltungsbereich. Abends 6 Uhr Funktionärskonferenz im Rathaus, Zimmer 26.

2. Bezirk. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Wilmers, Kottbuscher Str. 15.

2. Bezirk. 2. Abteilung, 7 Uhr Bezirksführerversammlung im Lokal Krügerstr. 15.

2. Bezirk. 3. Abteilung, 7 1/2 Uhr Bezirksführerversammlung bei Krüger, Grimmstraße 1.

4. Bezirk. 7 Uhr Bezirksführerversammlung im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. Nr. 147.

5. Bezirk. 7 Uhr Generalversammlung in der Schulaula, Kappensplatz. 16. Tagesordnung: Verbands- und Kassenbericht.

6. Bezirk. Abends 7 Uhr Bezirksführerversammlung bei Schreiber, Holzmühlstr. 63.

7. Bezirk. 7 Uhr Bezirksführerversammlung bei Roblitz, Boghagenstr. 17.

8. Bezirk. 7 Uhr Funktionärskonferenz, Schulaula, Kappensplatz (Gruens Haus). Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen auch sämtliche Kommis-sionsmitglieder erscheinen.

9. Bezirk. 7 Uhr allgemeine Funktionärskonferenz bei Waisitz, Marienburger Straße 21. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung.

13. Bezirk. Abends 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Giesche, Kappensplatz 74.

14. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Kaiser, Sogelmannstr. 24. Der Vorstand erscheint eine halbe Stunde früher.

14. und 15. Bezirk. Abends 7 Uhr Funktionärskonferenz in der Schulaula, Kappensplatz. 2. Referent: Genelle Dr. Weyer. Thema: „Gegen den Gebirgszwang“.

15. Bezirk. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Wilmers, Kottbuscher Str. 24. Erscheinung aller Funktionäre ist notwendig.

16. Bezirk. Abends 7 Uhr Bezirksführerversammlung bei Klinge, Seckstr. 14.

17. Bezirk. Abends 7 Uhr Bezirksführerversammlung bei Wilmers, Kottbuscher Str. 24. Vorstandmitglieder werden gebeten, eine Stunde früher anwesend zu sein.

18. Bezirk. 7 Uhr Bezirksführerversammlung in der Aula des Cecilien-Cyaneums, Kottbuscher Str. 17. Tagesordnung: Unsere Organisation im 17. Verwaltungsbereich.

19. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Frauenabend bei Wilmers, Kottbuscher Str. 24. Alle Frauen müssen teilnehmen.

20. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Schilf, Wilmersdorf, Schwanenweg, 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Schilf, Wilmersdorf, Schwanenweg. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

21. Bezirk. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Roblitz, Boghagenstr. 17. Das Erscheinen sämtlicher Bezirksführer, Stadt- und Bezirksfunktionäre und des Kommissionsmitgliedes ist unbedingt erforderlich.

22. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre, Nieder-Schöneberg, Friedr. Str. 17.

23. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung des Vorstandes und der Bezirksführer bei Schilf, Wilmersdorf, Schwanenweg. Es wird um pünktliches Erscheinen gebeten.

24. Bezirk. Abends 6 Uhr Bezirksführerversammlung, Kottbuscher Str. 15. Wir erlauben dringend, von jeder Ortsgruppe mindestens einen Vertreter zu entsenden.

Dienstag, 10. Mai

1. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Schweißert. Tagesordnung der Kalkulation.

Mittwoch, 11. Mai

2. Bezirk. 3. Abteilung, 4 1/2 Uhr gemeinsamer Kollektabend im Restaurant „Zum Schützchen“, Antonienpromenade 15, Ede Velle-Alliance-Str. 1-4. U. S. P. D. Wahlversammlung. Form. 10 Uhr Versammlung in der Arbeiter-Volkshochschule Breite Str. 80.

Bereinskalender

Sonntag, 8. Mai

Lichtenberger Männerchor (U. S. P. D.) Vorm. 10 Uhr auf dem Gärten-Platz (Kottbuscher Platz) und 11 1/2 Uhr auf dem Traepfisch, öffentliche Konzerte. Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.

Montag, 9. Mai

Zentralverband der Angestellten. Zigaretten-Industrie. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Kottbuscher, Kottbuscher-Str. 21.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 Uhr Vorstandssitzung der Zentralverwaltung, Kottbuscher Str. 17a; für Jülicher, Weckstr. 17; für die mechanische Werkstatte, Weckstr. 24.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verbandsfunktionäre, Betriebskonferenzen, Branchenfunktionen, Verwaltungsmittglieder, Bezirks-, Agitationsmit-glieder und Obmann, Betriebsräte und Obmannen. Abends 7 Uhr im großen Saal der Germania-Vereinshalle, Chausseestraße 110, Fortsetzung der allgemeinen Funktionärskonferenz.

Deutscher Postler-Verband (Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes). Geschäftsabend. Große Branchensitzung im Englischen Hof, Kottbuscher Str. 27c. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Betriebsangehörigen unbedingt notwendig.

Deutscher Schuhmacher-Verband der Gewerkschaften. Abends 7 Uhr Monatsversammlung in der Parturstr. 49, 2. Oberges. 2 Tr. 1. Vortrag von Herrn Doppenberg. 2. Verlesenes. Mitglieder aufgefordert, 6 Uhr mitzukommen.

Reichsverband der Arbeitervereine. Bezirk Süd-Ost. 7 1/2 Uhr hinterließene Versammlung, Ostlichtstr. 11a.

Dienstag, 10. Mai

Zentralverband der Angestellten. Kassenkassen-Verband. 7 1/2 Uhr öffent-liche Versammlung in den Prachtbau, Altkönigstr. 18. — Jülicher, Kottbuscher Str. 17a. 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in Havelstraße 11, Kottbuscher Str. 11.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Rablitzstr. Betriebsräte, Arbeiter-räte, Betriebskonferenzen. Abends 7 Uhr Vollversammlung bei Wilmers, Kottbuscher Str. 15. — Gruppe 37. Handbillsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Hut- und Hüttenbranche. Abends 6 1/2 Uhr Gruppenversammlung im Lokal von Wilmers, Kottbuscher Str. — Franke Bau- und Arbeiterklub. Abends 7 Uhr Branchen-Versammlung im Lokal von Wilmers, Kottbuscher Str. 11. — Branche 7. Arbeiterklub. Abends 7 1/2 Uhr große Versammlung aller in den Kottbuscher befristeten Arbeiter und Arbeiterinnen bei Wilmers, Kottbuscher Str. 15.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 Uhr Branchenversammlung der Kottbuscher Arbeiter, Kottbuscher Str. 15; für Kottbuscher und Steppenrinnen Kottbuscher Str. 17a.

Kassensparvereine. 4 1/2 Uhr Funktionärskonferenz aller Kassensparvereine im Kottbuscher Hof, Kottbuscher Str. 17. Wichtigste Tagesordnung. Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden.

Sozialistische Propagandakongress. Ortsgruppe Kottbusch. 7 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Krüger, Kottbuscher Str. 15. Bitte mitkommen.

Mittwoch, 11. Mai

Verband der Bäcker und Bäckereiarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr allgemeine Mit-glieder-Versammlung in Havelstraße 11, Kottbuscher Str. 11.

Kassensparvereine. 1. Vortrag des Kassensparvereins Kottbuscher, Kottbuscher Str. 17. 2. Das Kassensparrecht und die Berliner Kassensparvereine.

Veranstaltung für Kottbusch. Funktionäre: Leo Dieckhoff, Berlin-Teichmann; für Kottbusch: Kottbusch, Kottbuscher Str. 17. 2. Das Kassensparrecht und die Berliner Kassensparvereine.

Veranstaltung für Kottbusch. Funktionäre: Leo Dieckhoff, Berlin-Teichmann; für Kottbusch: Kottbusch, Kottbuscher Str. 17. 2. Das Kassensparrecht und die Berliner Kassensparvereine.

Stoffkleid
aus kleinster Ware, so
belle Schleiherform, mit
anderfarbigem Kragen und
Vorstück am Armel. Rock mit
Fallen an den Seiten. Offen
und geschlossen zu tragen

98:

Frühjahrmantel
aus feuchter Ware,
moderne, nette Form,
mit den beliebten
Fallenpartien an den
Seiten, Rücken gezogen

280:

Covertcoat
mit entscheidender Bleiro-
und Steppverleinerung
sehr sauber verarbeitet,
fadelluxer Sitz

295:

Eleg. Waschkleid
aus Voll-Volle, reich
bestickt, Rock vorn und
hinten in Falten gelegt,
mit Samtgürtel

165:

Waschbluse
aus gebüht. Voll-Volle, in anmutiger, jugendl.
Form. Besond. reizvoll ist die entzückende, eigen-
artige Halsverleinerung flüchtig am Halsan-
schnitt, dreifach a. Armellock u. vierfach a. Armel

79:

Flotter Sportrock
aus kariertem Stoff,
ringherum in Falten
gelegt

59:

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof